

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Bräunerstr. 4/6, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.90, wo keine Post am Orte, Mk. 3.25.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgebühr beträgt für die einjährige Kolonialisierung über deren Namen 25 Pfennige, für Arbeitsmark, Beratung und Vermittlung 15 Pfennige, Kassenbeiträge 25 Pf. Injunkte für die nächste Nummer müssen bis Samstag 6 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 104.

Breslau, Freitag, den 5. Mai 1911

22. Jahrgang.

Die Liebesgabe.

„Unter den Tausenden und Abertausenden von Menschen, welche über die „Liebesgabe“ schimpfen, sind sicherlich nur wenige, die wirklich wissen, um was es sich handelt. Darum hier ein paar aufklärende Worte.“ So steht wörtlich zu lesen in einer Broschüre, die die Zentrumspartei in vorsorgender Angst um die Reichstagswahlen schon im vorigen Jahre veröffentlicht hat. Es ist nun zweifellos richtig, daß das Wesen und die Bedeutung der Liebesgabe den meisten Wählern unbekannt, und daß im Hinblick auf die Wahlen Aufklärung dringend notwendig ist. Aber wer die vier Seiten gelesen hat, die die genannte Broschüre der Liebesgabe wie der Branntweinsteuer überhaupt widmet, der ist nachher genau so klug wie zuvor. Oder vielmehr, er ist irreführt; er hat schließlich nur das unbestimmte Gefühl, daß die Schnapssteuer etwas Gutes und Heilsames sei, und im übrigen ist ihm so dumm, als ging ihm ein Mühlrad im Kopf herum. — Sehen wir näher zu. Da heißt es zum Beispiel, daß in Deutschland im Jahre 1907 nicht weniger als rund 2 1/2 Millionen Sektoliter reiner Alkohol vertunken worden seien. „Da aber der meiste Trinkbranntwein nur 25 bis 30 Prozent Alkohol enthält, so ergibt sich an Trinkschnaps die ungeheure Menge von durchschnittlich 900 Millionen Liter.“ Nimmt man den Verkaufspreis im Kleinhandel auf 1,10 Mark pro Liter an, so sind es rund 1000 Millionen Mark, die in Deutschland in jedem Jahre für Schnaps ausgegeben werden. „Das deutsche Volk bringt also dem Schnaps-Teufel kolossales Opfer. Bei der großen Schädlichkeit des Getränkes haben auch alle ernst arbeitenden Parteien anerkannt, daß eine Erhöhung der Branntweinsteuer am Plage sei.“

Für jeden, der lesen kann, bedeuten diese Worte, der schwarzblaue Block habe die Schnapssteuer nur deshalb erhöht, um den Schnapsverbrauch einzuschränken. Dasselbe wird auch noch an verschiedenen anderen Stellen des Aufsatzes gesagt, und im Einklang damit stehen ein paar bissige Seitenbemerkungen gegen die Sozialdemokratie, die zwar immer sage, daß sie den Alkohol bekämpfe, aber trotzdem über die Verteuerung des Branntweins Jeter und Wordio schreie.

Der denkende Leser wird nun freilich merken, daß eine andere Stelle des Aufsatzes hiermit nicht im Einklang steht. Die lautet so:

„Es gibt in Deutschland eine Reihe von Bodenarten, welche andere Früchte als Brennkartoffeln nicht wohl tragen; besonders im Osten von Deutschland ist das der Fall. Solche Böden müßten, wenn ein Kartoffelanbau sich als unrentabel erweist, in Weideland oder Waldland umgewandelt werden. Das wäre natürlich ein gewaltiger Rückschritt in der landwirtschaftlichen Kultur. Ist es aber den Brennereien möglich gemacht, daß sie für den Trinkbranntwein einen angemessenen Preis erhalten, dann können sie auch diese schlechten Böden durch die Kartoffelkultur ganz gut ausnützen.“

Hier ist also keine Rede von der Einschränkung des Schnapsgenusses, sondern von höheren Einnahmen für die Brennereien. Nun stelle man sich einmal vor, daß der Schnapsverbrauch wirklich ganz beseitigt würde. Dann würde ja der Anbau von „Brennkartoffeln“ wieder nicht rentabel sein! Also eines ist notwendigerweise falsch: entweder man will mit der Steuer die Schnapsseuche eindämmen — dann soll man uns nicht von Rücksicht auf die „landwirtschaftliche Kultur“ reden; oder man will die Einnahmen der Schnapsbrenner und des Staates erhöhen — dann wünscht man keinen Rückgang, sondern eine Zunahme der Schnapsseuche.

Uebrigens, weshalb soll es ein „Rückschritt der landwirtschaftlichen Kultur“ sein, wenn an Stelle von „Brennkartoffeln“ Weide- oder Waldland gesetzt wird? Wer wirklich den Fortschritt der Kultur will, der müßte es doch nur begrüßen, wenn der Boden, anstatt für die schädliche Schnapsproduktion, zur Erzeugung gesunder Fleischnahrung oder von Holz verwandt wird.

Der ganze Jesuitismus jener Aeußerung liegt aber erst in dem Ausdruck „Brennkartoffeln“. Es gibt in Wahrheit keine Kartoffeln, die nur zum Schnapsbrennen zu gebrauchen wären. Zum mindesten, wenn sie schon zu menschlicher Nahrung ungeeignet sein sollten, sind sie immer als Viehfutter zu verwenden. Und nun wollen wir den Herren vom Zentrum einen Vorschlag machen, bei dem sie sofort beiseite können, ob es ihnen mit ihrer Sorge um den Rückgang der Schnapsseuche ernst ist: man möge die Produktion von Trinkbranntwein in Deutschland ganz b. hieten und dadurch die Grundbesitzer zwingen, die angeblich minderwertigen Kartoffeln, die sie auf jenem Boden ziehen, zu Viehfutter zu benutzen! Das gäbe eine ganze Reihe von vorteilhaften Folgen. Der Schnapssteuereifer wäre mit einem Schläge ausgerottet, denn es gäbe nur noch die ganz teuren ausländischen Schnaps, die der Proletarier nicht bezahlen kann, nur noch reiche Leute könnten sich dann an Schnaps besaufen; der Landwirtschaft wäre bei ihrem ewigen Mangel an billigen Futtermitteln ein wirklicher Dienst erwiesen; und die Herstellung von Fleisch wäre wenigstens etwas verbilligt: die armen

Teufel, die jetzt ihren Hunger durch Schnaps wegtäuschen, bekämen dafür wenigstens in mäßigem Umfang wieder wirkliche Nahrung. — Also nur heran, meine Herrschaften! Das Zentrum spielt ja im schwarzblauen Block die erste Geige. Vielleicht macht es noch kurz vor den Wahlen ein solches Gesetz. Es hätte dann die lang gesuchte Wahlsparole und — die Sozialdemokratie würde ihm begeistert zustimmen.

Aber profit die Wahlzeit! Vor solcher „positiven Arbeit“ werden sich die Herren hüten. Es ist eben einfach nicht wahr, daß ihnen die Sorge um die Schnapspest am Herzen liegt. Sie wissen ganz genau, daß der arme, besonders der von der Sozialdemokratie noch nicht erleuchtete Proletarier vom Schnaps nicht läßt, so lange er ihn irgend haben kann. „Der Konsum an Schnaps“, so schreibt mit Recht Genosse Karst in seiner Broschüre über die indirekten Steuern, „ist ganz allgemein um so größer, je gedrückter die Lebenslage, je größer das Elend. Schnaps ist eben das einzige Genußmittel, das den Elendesten und Enterbten bleibt, der Sorgenbrecher, der über das Unentrichtliche des Daseins hinweghelfen soll.“ Und des halbes besteuert man ihn! Es ist das Mittel, um auch die Aermsten der Armen, von denen sonst gar nichts zu holen wäre, zur Steuer und zur Bereicherung der Agrarier mit heranzuziehen. Da wäre es eine schöne Bescherung, wenn die mit einem Male aufhören wollten, Schnaps zu trinken! Die ganze Liebesgabe wäre zum Teufel! Aber der Block zwischen Konservativen und Zentrum hat nicht umsonst den Namen „Schnapsblock“ erhalten. Ist er doch gerade zum Schutz der Schnapssteuer zustande gekommen, war doch gerade die Rettung der Liebesgabe der Zweck seiner Gründung!

Ich prophezeie, Liebesgabe. Wir sollten ja aus der Zentrumsbroschüre über das Wesen der Liebesgabe unterrichtet werden. Sehen wir also zu, was sie darüber zu sagen weiß. (Schluß folgt.)

Politische Uebersicht.

Silbstkassen und Impffrage.

Der Reichstag beriet am Mittwoch zunächst in erster Lesung die Vorlage über die Aufhebung des Selbstkassengesetzes. Der Entwurf steht im engen inneren Zusammenhang mit der Reichsversicherungordnung und wurde denn auch an die Versicherungskommission überwiesen. Gleich dem Einführungsgesetze soll auch das Antihilfskassengesetz die Entrechtung der Arbeiter und die Vernichtung der proletarischen Selbstverwaltung der Krankenkassen vollenden. Diese Tendenz wurde vom Genossen Stadthagen mit zwingender Logik und warmer Beredsamkeit dargelegt. Schon während seiner Rede hatte Genosse Stadthagen mit argen körperlichen Schmerzen zu kämpfen, die alsbald sich böse steigerten und die Ueberführung Stadthagens nach einer Klinik zur Folge hatten. Möge dem braven Genossen, der seiner parlamentarischen Pflichttreue die Rücksicht auf die eigene Gesundheit hintenansetzte, alsbaldige Genesung beschieden sein! Alle bürgerlichen Parteien erklärten sich für das Antihilfskassengesetz, die Fortschrittler immerhin unter gewissem Vorbehalt. Ein vom Nationalliberalen Dr. Weber probozierter Zwischenruf des Genossen Emmel ließ den Vizepräsidenten Dr. Spahn den Reichstag mit der Schulstube vertauschen. Genosse Bebel stellte in einem Zuruf diese Verwechslung fest.

Der letzte Teil der Sitzung stand wesentlich unter dem Zeichen des Impfsens. Die Impfsdebatte nämlich, die vor ein paar Monaten aus Anlaß der impfgegnerischen Petitionen stattgefunden hatte, war damals nicht zu Ende geführt worden. Die Impffrage ist keine Parteifrage, und in den meisten Parteien, so bei der Sozialdemokratie, in der Fortschrittspartei und im Zentrum, gibt es sowohl Impffreunde, wie Impfgegner. Ein von den Genossen Sacke und Sebering gestellter und von einer Anzahl Genossen unterstützter Antrag gegen den Impfwang fand bei einem Teil der Rechten Beifall, während ein Teil unserer Fraktion, so die Genossen Bebel, Ledebour, Südekum, gegen ihn stimmten. Es hatten mehr Impfgegner, als Impffreunde gesprochen, aber die Abstimmung ergab doch die Annahme des Kommissionsantrages auf Uebergang zur Tagesordnung über die impfgegnerischen Petitionen. Am Donnerstag stehen weitere Petitionen zur Beratung.

Der Seniorenkongress des Reichstages einigte sich während der letzten Plenarsitzung dahin, daß am 5. Mai die Beratung der Reichsversicherungordnung beginnen, und diese in der Weise vorgenommen werden soll, wie es bei der zweiten Lesung üblich ist, also Paragraph für Paragraph. Geschäftsrundungsdebatten sollen ausgeschlossen sein. Sitzungsfreie Tage werden bis zu den Pfingstfeiertagen voraussichtlich nicht eintreten.

Was heute noch Gesetz ist!

Was auf dem Gebiete der Gesindeordnung heute noch als Recht gilt, ist manchmal kaum zu glauben. So existiert

für den schleswig-holsteinischen Kreis heute noch ein Dienstboteneditikt aus dem Jahre 1732, in dessen einzelnen Bestimmungen es heißt:

„Geht ein Dienstbote aus Frevel oder Missethat vor Ablauf der versprochenen Dienstzeit aus Diensten, soll derselbe mit einer geschärften Gefängnisstrafe bey Wasser und Brodt belegt, auch hiernächst von der Obrigkeit, die seiner oder ihrer mächtig werden kann, auf Verlangen des Wrotherrn durch hinlängliche Zwangsmittel genötigt werden, bey ihm wieder in Dienst zu kommen und die völlige Dienstzeit auszufüllen, stände aber derjenige, welcher vor Ablauf der Dienstzeit eigenmächtig aus Diensten geht, in Abrede und nähme solche mit Weg, soll derselbe in beiden vorerwähnten Fällen von etwa noch bestehenden Lohn verlieren, durch den Straßpahl (Schnapspahl), welcher an den Orten, wo keine vorhanden, zur Bestrafung des unwilligen, frevelhaften Gesindes zu solchem Ende eigens ausgerichtet werden soll, oder bei sich häuffenden, noch ärgeren Umständen mit Karrenschleiben auf willkürliche Zeit bestraft, auch bey dem allen durch die Obrigkeit des Dries unter deren Jurisdiktion er zeit wählenden Dienstes gestanden, zur Jurisdiktion der Inuree, ob er gleich selbige mehrerenteils verdient haben möge, angehalten werden. Sollen Dienstboten andere zu Widersehlichkeiten verleiten, ja sogar unter sich gegen die Herrschaft sich verbinden, sollen dieselben nach Befinden zu Gefängnisstrafe bey Wasser und Brodt oder dann Karrenschleiben nach Größe des Verbrochens noch längere oder kürzere Zeit bestraft werden. Dienstboten, welche sich vollsaufen, in ihrer Herrschafts Wohnung sich schelten oder schlagen, sollen mit Gefängnisstrafe zu Wasser und Brodt belegt werden.“

Was mit den Herrschaften geschehen soll, welche sich „vollsaufen“, wird nicht gesagt.

Aber dieses „Gesetz“ besteht noch heute zu recht und bildet nur ein besonders krasses Seitenstück der auch sonst noch bestehenden Gesindeordnungen. Die Konservativen aber, die „Freunde des kleinen Mannes“, haben bis jetzt jede Reform der Gesindeordnung zu hintertreiben gewußt. Unterstützung fanden sie dabei bei den Volkscourts von der anderen Couleur, den Klerikalen.

Die geheimen Gründe.

Im Reichstag steht eine geschlossene bürgerliche Mehrheit zusammen, die bereit ist, dem Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Krankenkassen den Hals zu brechen. Aber noch immer hat man nicht gehört, welche schwerwiegenden Gründe diese Reichstagsmehrheit veranlassen, dem Volk von seinen gering bemessenen öffentlichen Rechten wieder eines zu konfiszieren, die Selbstverwaltung zu schmälern und die Macht der kassenstaatlichen Bureaucratie zu vermehren. Ueber allgemeine Lebensarten vom „sozialdemokratischen Terrorismus“ und einem Fünftel von Räubergeschichten (wie zum Beispiel Stiftung eines Kranzes mit roter Schleife für einen herstorbenen Beamten und dergleichen) ist man bisher noch nicht hinausgekommen. Auch am Dienstag hat Genosse Hoch als Redner der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag ganz vergebliche Versuche gemacht, Aufklärung über die Gründe zu erhalten, die die Mehrheit zu ihrem Verhalten bestimmt haben. Die Antwort war ein großes Schweigen und die kleine Verlegenheitsrede, darauf wolle man später zu sprechen kommen.

Die Mehrheit denkt, wenn man etwas tun will, braucht man um Gründe nicht verlegen sein, die findet man nachher schon, wenn die Sache erledigt ist. Und darum handelt sie an den kassenmitgliedern, deren Rechte von der sozialdemokratischen Fraktion verteidigt werden, ungefähr nach dem militärischen Grundsatz: erst haben sie die Strafe anzunehmen und dann dürfen sie sich beschweren. In der Presse, in Wählerversammlungen kann man ja später, um die Grundlosigkeit dieser Beschwerde nachzuweisen, die schönsten Geschichten über die „sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Krankenkassen“ erzählen, ohne daß der Kreis, an den man sich damit wendet, auch nur ein Wort der Widerlegung zu hören bekommt.

Ganz anders liegen die Dinge im Reichstag. Wird das Material der Gegner dort zum Vortrag gebracht, dann haben die sozialdemokratischen Abgeordneten die Möglichkeit, es auf seine Stichhaltigkeit zu untersuchen und gegebenenfalls zu widerlegen. Eine breitere Öffentlichkeit erfährt denn, was es mit dem sozialdemokratischen Terrorismus in den Krankenkassen wirklich auf sich hat. Und darum sucht man der Debatte möglichst aus dem Wege zu gehen und vertritt den sozialdemokratischen Redner, der die Gründe des Verhaltens der Mehrheit kennen zu lernen wünscht, auf irgend einen unbestimmten späteren Zeitpunkt.

Wir möchten einmal sehen, was passieren würde, wenn die sozialdemokratische Fraktion in irgend einer anderen Sache eine ähnliche Taktik einschlagen würde, wenn sie etwa gegen Regierungsbehörden in der gleichen Weise vorgehen versuchte, wie es jetzt gegenüber den kassenverwaltungsgeschichten geschieht. Beweislose Verdächtigung, Verleumdung, gewissenlose Verzeigung, solche und ähnliche Kennzeichnungen würden auf die Partei gleich einem Platzregen niederprasseln. Wenn ein bürgerlicher Redner die Sozialdemokraten auffordern würde, ihr Anlagematerial vorzulegen, und sie würden sich weigern, es zu tun, welcher Sturm der Entrüstung würde sich gegen sie erheben! Aber wer die Macht, wer die Mehrheit hat, der darf es sich schon erlauben! Er kommandiert, er diktiert.

Am 2. Mai, abends 6 1/2 Uhr, verschied nach kurzem schwerem Krankenlager mein innigstgeliebter Mann, unser treu sorgender Vater, Onkel, Cousin, Nette, der Sattler **Max Ledock** im Alter von 35 Jahren 4 Monaten. Die trauernde Gattin nebst Tochter **Pauline Ledock**. Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle St. Barbara in Cosel.

Am 2. Mai verschied nach langem Leiden unser Kollege und Mitarbeiter **August Altmann** im blühenden Alter von 19 Jahren. Das Andenken des Verstorbenen werden in Ehren halten: Das gesamte Beamten- und Arbeiterpersonal der Metall-gleiseri und Armaturenfabrik, G. m. b. H. Beerdigung: Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Durrigoy. 2398

Am 2. d. Mts., 6 1/2 Uhr abends, verschied unerwartet nach kurzem schwerem Krankenlager unser lieber Arbeitskollege, der Sattler **Max Ledock** im 36. Lebensjahre. Sein Andenken werden in Ehren halten **Die Sattler und Maler der Wollheimschen Schiffswerft**. Beerdigung: Sonnabend, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle St. Barbara.

Am 1. Mai verstarb plötzlich und unerwartet unser einziggeliebtes Töchterchen **Gertrud** im zarten Alter v. 3 Jahren 2 Mon. Dies zeigen schmerz erfüllt an: Die trauernden Eltern **Ernst Bäring** nebst Frau. Beerdigung: Freitag, nachm. 3 Uhr, v. Trauerhause Leuthen-str. 55/51, n. d. Coseler Friedh.

Am 2. ds. Mts., abends 6 1/2 Uhr, verschied unerwartet, nach kurzem, schwerem Krankenlager, unser lieber Kollege, der Fabrik-Sattler **Max Ledock** im 36. Lebensjahre. Sein Andenken wird stets in Ehren halten **Die Belegschaft der Schiffswerft Caesar Wollheim**. Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle St. Barbara.

Am 1. Mai verschied nach längerer Krankheit unser lang-jähriges Mitglied, der Kollege **Max Ledock** im 36. Lebensjahre. Sein Andenken werden stets in Ehren halten **Die Mitglieder der Ortsverwaltung Breslau des Verbandes der Sattler und Portefeullier**.

Am 2. Mai verschied nach kurzem schwerem Leiden unser langjähriger, werter Genosse, der Sattler **Max Ledock** im besten Mannesalter von 35 Jahren 4 Monaten. Sein unermüdetes Arbeiten für die Partei sichert ihm bei den Pöpelwitzer Genossen ein dauerndes Andenken **Landdistrikt 6 Pöpelwitz d. Sozial. Ver. Breslau-Land-Neumarkt**. Beerdigung: Sonnabend, den 6. Mai, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Barbara-Friedhofes in Cosel.

Am 2. d. Mts. verschied nach kurzem Krankenlager unser Mitglied, der Sattler **Max Ledock** im Alter von 35 Jahren 4 Monaten. Ehre seinem Andenken! **Der Sozialdemokr. Verein Breslau-Land-Neumarkt**. Beerdigung: Sonnabend, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Barbara Friedhofes in Cosel. Trauerhaus: Pöpelwitzstrasse 46. 2400

Am 2. ds. Mts. verschied nach kurzem aber schwerem Leiden unser langjähriges Vereinsmitglied, der Sattler **Max Ledock** im blühenden Mannesalter von 35 Jahren 4 Monaten. Sein ehrenhafter Charakter und hiederer Sinn sichern ihm bei uns ein dauerndes Andenken. **Lotterie-Verein „Freiheit“-Pöpelwitz**. Beerdigung: Sonnabend, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Coseler Friedhofes, St. Barbara. 2401

Am 2. d. Mts. verschied mein guter Freund, der Sattler **Max Ledock** im besten Mannesalter von 35 Jahren 4 Monaten. Seinen ehrenhaften Charakter wird stets in Ehre halten **Franz Stanik, Restaurateur**. 2404

Am 2. d. Mts. verschied nach kurzem Krankenlager unser Mitglied, der Sattler **Max Ledock** im Alter von 35 Jahren 4 Monaten. Ehre seinem Andenken! **Der Sozialdemokr. Verein Breslau-Land-Neumarkt**. Beerdigung: Sonnabend, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Barbara Friedhofes in Cosel. Trauerhaus: Pöpelwitzstrasse 46. 2400

Am 2. ds. Mts. verschied nach kurzem schwerem Leiden unser langjähriges Vereinsmitglied, der Sattler **Max Ledock** im blühenden Mannesalter von 35 Jahren 4 Monaten. Sein ehrenhafter Charakter und hiederer Sinn sichern ihm bei uns ein dauerndes Andenken. **Lotterie-Verein „Freiheit“-Pöpelwitz**. Beerdigung: Sonnabend, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Coseler Friedhofes, St. Barbara. 2401

Am 2. d. Mts. verschied nach kurzem Krankenlager unser Mitglied, der Sattler **Max Ledock** im Alter von 35 Jahren 4 Monaten. Ehre seinem Andenken! **Der Sozialdemokr. Verein Breslau-Land-Neumarkt**. Beerdigung: Sonnabend, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Barbara Friedhofes in Cosel. Trauerhaus: Pöpelwitzstrasse 46. 2400

Am 2. ds. Mts. verschied nach kurzem aber schwerem Leiden unser langjähriges Vereinsmitglied, der Sattler **Max Ledock** im blühenden Mannesalter von 35 Jahren 4 Monaten. Sein ehrenhafter Charakter und hiederer Sinn sichern ihm bei uns ein dauerndes Andenken. **Lotterie-Verein „Freiheit“-Pöpelwitz**. Beerdigung: Sonnabend, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Coseler Friedhofes, St. Barbara. 2401

Am 2. d. Mts. verschied nach kurzem Krankenlager unser Mitglied, der Sattler **Max Ledock** im Alter von 35 Jahren 4 Monaten. Ehre seinem Andenken! **Der Sozialdemokr. Verein Breslau-Land-Neumarkt**. Beerdigung: Sonnabend, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Barbara Friedhofes in Cosel. Trauerhaus: Pöpelwitzstrasse 46. 2400

Am 2. ds. Mts. verschied nach kurzem aber schwerem Leiden unser langjähriges Vereinsmitglied, der Sattler **Max Ledock** im blühenden Mannesalter von 35 Jahren 4 Monaten. Sein ehrenhafter Charakter und hiederer Sinn sichern ihm bei uns ein dauerndes Andenken. **Lotterie-Verein „Freiheit“-Pöpelwitz**. Beerdigung: Sonnabend, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Coseler Friedhofes, St. Barbara. 2401

Am 2. d. Mts. verschied nach kurzem Krankenlager unser Mitglied, der Sattler **Max Ledock** im Alter von 35 Jahren 4 Monaten. Ehre seinem Andenken! **Der Sozialdemokr. Verein Breslau-Land-Neumarkt**. Beerdigung: Sonnabend, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Barbara Friedhofes in Cosel. Trauerhaus: Pöpelwitzstrasse 46. 2400

Am 2. ds. Mts. verschied nach kurzem aber schwerem Leiden unser langjähriges Vereinsmitglied, der Sattler **Max Ledock** im blühenden Mannesalter von 35 Jahren 4 Monaten. Sein ehrenhafter Charakter und hiederer Sinn sichern ihm bei uns ein dauerndes Andenken. **Lotterie-Verein „Freiheit“-Pöpelwitz**. Beerdigung: Sonnabend, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Coseler Friedhofes, St. Barbara. 2401

Am 2. d. Mts. verschied nach kurzem Krankenlager unser Mitglied, der Sattler **Max Ledock** im Alter von 35 Jahren 4 Monaten. Ehre seinem Andenken! **Der Sozialdemokr. Verein Breslau-Land-Neumarkt**. Beerdigung: Sonnabend, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Barbara Friedhofes in Cosel. Trauerhaus: Pöpelwitzstrasse 46. 2400

Am 2. ds. Mts. verschied nach kurzem aber schwerem Leiden unser langjähriges Vereinsmitglied, der Sattler **Max Ledock** im blühenden Mannesalter von 35 Jahren 4 Monaten. Sein ehrenhafter Charakter und hiederer Sinn sichern ihm bei uns ein dauerndes Andenken. **Lotterie-Verein „Freiheit“-Pöpelwitz**. Beerdigung: Sonnabend, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Coseler Friedhofes, St. Barbara. 2401

Bitte lesen! Beim Einkauf von **Henkels Bleich-Soda** achte man genau auf untenstehende Packung und wisse Nachahmungen, da weissen minderwertig, energisch zurück. 

Ausstellungs-Räume in 6 Etagen! 8895 **Möbel-Einrichtungen** in jeder Preislage. Langjährige Garantie. Billige Preise. **Krimke & Co.** Neue Graupenstr. 7 am Sonnenplatz 2

Reformbier überall käuflich. **Uhren, Fahrräder, Sprechmaschinen, Schallplatten, Fahrradteile** Leo Lebram, Uhren- und Fahrrad-Handlung, Herzogstraße 32. 1430

Zigaretten über 100 Sorten empfiehlt 2160 **Oscar Rudolph, Zigarren-Importeur** Breslau, Neudorfstr. 61. **Buchhandlung Volkswacht** für Gleichheit, Frauenzeitung, alle 14 Tage 0 10

Waren- u. Kaufhäuser. **Gehr. Barusch** Ring, Neumarkt 23. **Basar** Neumarkt, Neumarktstr. 117. **Waren- u. Kaufhäuser.** **Basar** Neumarkt, Neumarktstr. 117. **Waren- u. Kaufhäuser.** **Basar** Neumarkt, Neumarktstr. 117.

Viktoria-Theater Die neue Revue **Bei uns in Breslau** mit **Henry Bender**. Anfang 8 Uhr.

Stadt-Theater. Donnerstag 7 1/2 Uhr: „Madine“. Freitag 7 Uhr: Wagner-Opern. 4. Vorstellung. **„Ariston und Jolbe“**. Sonnabend 7 1/2 Uhr: **„Ariston und Jolbe“**. Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr: **„Ariston und Jolbe“**. Abend 7 Uhr: **„Ariston und Jolbe“**. Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr: **„Ariston und Jolbe“**. Abend 7 Uhr: **„Ariston und Jolbe“**.

Lobe-Theater. Donnerstag 7 1/2 Uhr: **„Glaube und Scimat“**. Freitag 7 1/2 Uhr: **„Glaube und Scimat“**. Sonnabend 7 1/2 Uhr: **„Glaube und Scimat“**. Sonntag 7 1/2 Uhr: **„Glaube und Scimat“**.

Thalia-Theater. Donnerstag 7 1/2 Uhr: Gruppe L. 4. Vorstellung: **„Der Raub der Sabinerinnen“**. Sonntag 7 1/2 Uhr: **„Die Geißler“**. Freitag 7 1/2 Uhr: **„Die Geißler“**. Sonntag 7 1/2 Uhr: **„Die Geißler“**.

Schauspielhaus Donnerstag 8 Uhr: **„Der Verschwenker“**. Freitag 8 Uhr: **„Der Verschwenker“**. Sonnabend 8 Uhr: **„Der Verschwenker“**. Sonntag 8 Uhr: **„Der Verschwenker“**.

Sommer-Theater (Lieders Hall) Donnerstag, den 4. Mai: **Morgen wieder lustig**. Castrice 2. 5 Uhr. F. 1. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Zeltgarten Eröffnung der Sommer-Session im prachtvollen **Garten.** Für Frauen ganz neue **Spezialitäten.** **Entrée 10 Pf.** **Wochenplatz 19 Pf.**

Genosse (Kaufmann) sucht Beschäftigung **Aquarium** **Hosen** **Gastav Knauerhase** **Neumarkt 45.**

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnis **Zahn-Ateliers** **Zigaretten u. Zigarren** **Aliganti Nr. 2**

Waren- u. Kaufhäuser. **Gehr. Barusch** Ring, Neumarkt 23. **Basar** Neumarkt, Neumarktstr. 117. **Waren- u. Kaufhäuser.** **Basar** Neumarkt, Neumarktstr. 117. **Waren- u. Kaufhäuser.** **Basar** Neumarkt, Neumarktstr. 117.

1. Beilage zu Nr. 104 der „Volkswacht“.

Freitag, den 5. Mai 1911.

Betriebskrankentassen und Versicherungsordnung.

Der Ausschuss des Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankentassen nahm am letzten Sonntagabend zur Reichsversicherungsordnung in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse Stellung. In einer Resolution wird gegen die Beschränkung der Betriebskrankentassen und gegen die erschwerenden Voraussetzungen für ihre Zulassung, „entschiedener Widerspruch“ erhoben. Die Betriebskrankentassen hätten sich „aus besten Beweisen“, seien „besonders leistungsfähig“ und hätten große Vorzüge. Das gelte besonders auch von den kleinen Betriebskrankentassen, „die häufig mehr leisten wie große Ortskrankentassen“. „Vollkommen unannehmbar“ sei die Festsetzung, dass Betriebskrankentassen nur zugelassen werden sollen, wenn und solange sie die allgemeine Orts- und Landkrankentasse nicht gefährden. Die Resolution verweist dann mit einem plumpen Ausfall die „geringere Leistungsfähigkeit einer Ortskrankentasse“ zum guten Teil auf die Art zurückzuführen, wie sie verwaltet wird.

Auch die gegen das Versicherungsamt erhobenen Bedenken seien durch die Kommissionsberatung keineswegs erledigt. Es hernehme die Zahl der ehrenamtlich tätigen Personen und das Beamtenheer und bestehe auch einer Verstaatlichung der Reichsversicherungsamt sei zu umständlich, es erschnere und triebfahrig den Geschäftsgang.

Die „Kritik“ sei ungelöst geblieben. „Trotz der anerkanntermaßen“ sage, in der sich die Krankentassen den Verboten gegenüber befinden, ist es unter dem Druck der Generalstreikdrohungen des Leipziger Verbandes unterlassen worden, dem von diesem Verbands geübten Koalitionszwang und der missbräuchlichen Ausnutzung der Ständesorganisation und der Ehrengerichtsbarkeit durch geeignete gesetzliche Vorschriften entgegenzutreten. Wenn auch zugegeben werden soll, dass die Ermächtigung, an Stelle der ärztlichen Behandlung einen Vorkauf zu gewähren, den Krankentassen in gewissen Fällen bei Stimpfen mit den kooperierten Ärzten eine Erleichterung verschaffen kann, so bleibt doch im wesentlichen der gegenwärtige schlimme Zustand bestehen, bei welchem die Ärzte in der Lage sind, den Krankentassen ihre Bedingungen aufzuzwingen.

Den Krankentassen müsse das Recht bleiben, nur bestimmte Abteilungen zur Lieferung zuzulassen. Auch eine Reihe einzelner Bestimmungen rufe die größten Bedenken hervor.

Die angenommene Resolution schließt mit folgenden Sätzen:

„Insgesamt bietet die Reichsversicherungsordnung zwar manche Fortschritte in der sozialen Fürsorge. Dem gegenüber legt sie aber den Erwerbsständen insbesondere der Industrie neue große Lasten auf, enthält vielerlei Beschränkungen und Erschwerungen und in dem Versicherungsamt höchst bedenkliche Entwicklungsmöglichkeiten. Obendrein werden die Betriebskrankentassen wesentlich beschränkt, stark gefährdet und in eine für alle Zukunft unheilvolle Lage gebracht. Sollte in diesem Punkte nicht noch eine Milderung erzielt werden, die den ungeschmälerten Fortbestand der Betriebskrankentassen sichert, so ist die gesamte Neuregelung der Reichsversicherungsordnung für den Verband unannehmbar.“

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 4. Mai.

Geschichtskalender.

5. Mai.

1818 Karl Marx in Trier.

1821 Napoleon I. auf St. Helena.

Die zweite öffentliche Frauen-Versammlung

wird heute Abend im Gewerkschaftshaus abgehalten; die dritte tagt Freitag im Königsgrund, Lohstraße 45/47.

Genossinnen! Seid zur Stelle, denn es handelt sich um eure Lebensinteressen, über die mehr als sonst geredet werden muß. Viele Tausende von Frauen und Mädchen waren noch nie in einer Versammlung; sorgt dafür, daß gerade von ihnen recht viel in die Versammlungen kommen. In die Partei-

genossen möchten wir die Bitte richten, ihren Frauen, wenn es nötig ist, den Versammlungsbesuch dadurch zu erleichtern, daß sie zu Hause bleiben und die Kinder beaufsichtigen.

Die erste Frauen-Versammlung am Mittwoch, in der Genossin Greisenberg aus Berlin sprach, war von mehr als 200 Frauen und Mädchen besucht, so daß der Saal des Schweitzerhofes in der Nikolaivorstadt gut besetzt gewesen ist. Die Rednerin verstand es, den Unwesenden die Notwendigkeit der Beteiligung an den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen der Gegenwart nachzuweisen. Eingehend schilderte sie die sozialen Mißstände, die Leiden der Frauen im Lebenserwerb, die Vertierung der Lebensmittel und Bedarfsartikel und schloß mit einem kernigen Aufruf zum Anschluß der Frauen an den Sozialdemokratischen Verein. Das zweistündige Referat fand großen Beifall.

Nach einer kurzen Debatte, woran sich eine Genossin beteiligte, nahm die Referentin das Schlußwort, in dem sie nachwies, daß das Lesen der Arbeiterpresse, der „Volkswacht“ und der „Gleichheit“ unbedingt notwendig ist. Am Schluß konnte die Leiterin der Versammlung, Genossin Lawatsch, mitteilen, daß die von den Frauen in der Versammlung entfachte Agitation 16 neue Mitglieder für den Sozialdemokratischen Verein ergeben hat. Die nächsten Frauenversammlungen werden sicher ebenso erfreulich abschließen; dafür werden die Genossinnen sorgen.

„Eine sozialdemokratische Mästerbäckerei“

Unter dieser oder einer ähnlichen Ueberschrift läuft zurzeit ein Artikel durch die Zentrumsblätter, worin angeblich grauenhafte Zustände in der Bäckerei eines Düffeldorfer Bäckermeisters geschildert werden. Auch die hiesigen „Schlesischen Nachrichten“ haben mit „Bonnie“ über die „sozialdemokratischen Mästerbäckerei“ berichtet, während sie für die Gebrechen am eigenen Leibe unempfindlich sind. Wie es so bei diesen „Christen“ Brauch ist, hat man alles verdreht, um den gläubigen Zentrumslesern das Gruseln beizubringen.

Es handelt sich aber durchaus nicht um eine sozialdemokratische Bäckerei, sondern um einen Privatbetrieb des Bäckermeisters Gohmann in Düffeldorf. Allein der Umstand, daß Gohmann Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist und für den freien Bäckerverband gewirkt hat, genügt den München-Glabacher Leuten, die Sozialdemokratie mit der ganzen Sache in Verbindung zu bringen. Abgesehen von dieser „christlichen“ Gepflogenheit, ist aber auch die Darstellung der ganzen Angelegenheit so irreführend, ja gefälscht, daß wir uns genötigt sehen, etwas näher darauf einzugehen.

Gohmann stellte im Mai 1910 einen gewissen Jerle als Bäckergehilfen ein, aber schon nach etwa 10 Wochen entließ Gohmann den Mann aus seinem Betrieb und zwar wegen Unsauberkeit. Jerle, der dem christlichen Lehrlingsbündnis angehört, veranlaßte darauf die Veröffentlichung eines Artikels über die Gohmann'sche Bäckerei in dem Organ des christlichen Verbandes. Zu diesem Artikel wurde die Bäckerei Gohmanns als im höchsten Grade unanständig hingestellt. Gohmann klagte gegen den Redakteur des christlichen Organs. Jerle fungierte als Zeuge und beschwor alles, was in dem Artikel gestanden hatte. Darauf wurde die Verhandlung vertagt und gegen Gohmann ein Verfahren wegen Verleumdung eingeleitet. Ueber die Gerichtsverhandlung in dieser Sache heißt es in dem bewußten Artikel der Zentrumsblätter:

„Vor Gericht wurde ein geradezu „idyllisches“ Bild über den Betrieb dieses Genossen entworfen. Ein Zeuge bekundete, daß Gohmann weder die vorgeschriebene Sonntagsruhe, noch den Maximalarbeitstag eingehalten habe; daß Gohmann seine Gejellen mit Schimpfwörtern traktiert habe, daß Schlafzimmer und Betten der Gejellen von Wanzen gewimmelt hätten; daß der Bäckemeister zu gleicher Zeit Puksmeier war und zum Reinigen des Kanals benutzt worden sei; daß die Präsidenten der Kasse als Lagerstätte dienten; daß Wanzen im Backofen herumkriechen; daß von Mäusen angefreßene und mit Mäusedreck durchsetzte Brötchen zu Paniermehl verarbeitet wurden, und daß auch die Sauberkeit der Backstube ungenügend gewesen sei. Im Brötchentag sei einmal im Verein Gohmanns eine fingerdicke rote Schnecke gefunden und der Brötchentag trotzdem zu Backwaren verarbeitet worden.“

Diese Darstellung ist eine echte Zentrumsleistung. Man beachte: Ein Zeuge bekundete usw. so heißt es in der Notiz. Daß außer diesem einen Zeugen (Jerle) noch sieben andere Zeugen vernommen wurden, die durch ihre Aussagen im entgegengelegten Sinne machten, verliert die Streiter für „Wahrheit, Freiheit und Recht“. Besonders wurde von diesen Zeugen — Wädder, die monatelang und jahrelang bei Gohmann gearbeitet haben und nicht nur 10 Wochen, wie der christliche Herr Jerle, Kaufleute, die mit Gohmann seit Jahren in geschäftlichem Verkehr gestanden und so weiter — bekundeten, daß Gohmann seine Gejellen stets zur peinlichsten Sauberkeit angehalten habe, daß die Backstube und der ganze Betrieb Gohmanns einen so sauberen Eindruck mache, wie man ihn nur in wenigen Bäckereien finde, daß bei Gohmann Brötchen, die zu Paniermehl verarbeitet werden sollen, des Nachts in einem Sack an der Decke aufgehängt wurden, um sie vor Mäusen zu schützen und wenn trotzdem einmal ein von Mäusen angefreßenes Brötchen dabei war, dieses weggeworfen wurde usw. In dem betreffenden Urteil des Schöffengerichtes heißt es dann auch wörtlich:

„Durch mehrere Zeugen ist nun dargetan, daß Angeklagter in der Regel, wenigstens in den Jahren 1908 und 1909 stets auf Sauberkeit gehalten hat. Es erscheint daher nicht ausgeschlossen, daß Angeklagter, der aus dem Sack, der die Brötchen enthielt, den Mäusedreck entfernt hat, übersehen hat, daß Brötchen von Mäusen angeknagt waren.“

Das Gericht hielt aber die Verarbeitung von angefreßenen Brotkrumen zu Paniermehl auf die Aussage des Zeugen Jerle hin für erwiesen und nahm an, daß Gohmann nicht die nötige Sorgfalt habe walten lassen. Deshalb wurde Gohmann mit 30 Mark Geldstrafe bestraft und außerdem mit 3 Mark mehr unvorschriftsmäßiger Lage der Backstube. Diese lag mehr als 1/2 Meter unter dem sie umgebenden Erdboden, woraus aber nicht Gohmann die Schuld trug, da er nur Pächter und nicht Eigentümer des betreffenden Hauses ist.

Zur Kennzeichnung des Genossen sei noch mitgeteilt, daß der Jerle während der 10 wöchentlichen Beschäftigung bei Gohmann über jedes Vorkommnis genaue Buch geführt haben will. Nach alledem überlassen wir es jedem anständigen Menschen, wie die christliche Schreiberei über die „sozialdemokratische Bäckerei“ zu bewerten ist.

Der großmütige Fürstbischof.

Dieser Tage wurde berichtet, daß der Kardinal-Fürstbischof Kopp in Breslau bei dem Konkurs des Bankhauses Bistorius in Hildesheim zugunsten der übrigen Gläubiger auf seine Forderung im Betrage von 400.000 Mark verzichtet habe. Dieser Verzicht wird verständlich, wenn man hört, daß der Inhaber des Bankhauses eine der eifrigsten Stützen des Hildesheimer Klerikalismus ist, und daß ferner der Fürstbischof Kopp, der ehemalige arme Eichsfelder Weberjohn, heute ein Jahreseinkommen von etwa 1.400.000 Mark versteuern soll.

Beim Verzicht des Fürstbischofs Kopp wird von seinen Jugendfreunden daran erinnert, wie er den ersten Schritt in das Erwerbsleben tat. Kopp hat bekanntlich das katholische Gymnasium zu Duderstadt (Eichsfeld) besucht. Er verließ es nach der Erlangung der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst, um die subalterne Eisenbahnarriere einzuschlagen. So kam er als Hilfs Telegraphist nach Hannover. Dort galt er bei der Verwaltung als ein sehr mäßiger Beamter, der den Anforderungen einer größeren Station nicht gewachsen sei. Aus diesem Grunde wurde er eines Tages nach Neustadt am Hübenerberge, einem kleinen hannoverschen Orte, versetzt, wo er dem Vorsteher der kleinen Station zugleich beim Zugabfertigen uhr. behilflich sein mußte. Da wendete sich plötzlich sein Geschick! Eine reiche Duderstädter Dame, die sich schon früher für ihn interessiert hatte, ermöglichte es ihm, das Duderstädter Gymnasium weiter zu besuchen und sorgte dann für seine Ausbildung zum katholischen Priester.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

102 000 Mark für einen Lutherbrieff. Bei der Auktion der Autographensammlung des verstorbenen Dr. Geibel-Leipzig bei C. G. Börner erzielte der Lutherbrieff an Kaiser Karl V., den er nach dem Wormser Reichstags schrieb, bei einem Anfangsgebot von 5000 Mark innerhalb fünf Minuten den Preis von 102 000 Mark. Den Zuschlag bei der nervenaufregenden Preissteigerung erhielt W. de Marinis aus Florenz, der den Brieff für Pierpont Morgan kaufte.

Wie sprach Goethe? Von dem ausgezeichneten Wert „Goethes Sprache“, neu herausgegeben von Ferdinand Freyherrn v. Biedermann, ist ein fünfter Band (sieben erschienen, enthaltend Erläuterungen, Ergänzungen, Nachweisungen, die dem großen, zusammengetragenen Stoff die Uebersichtlichkeit sichern. Ueber die Frankfurter Sprechweise Goethes schrieb Friedrich Verburg an den Herausgeber: „Ein Zeugnis für Goethes Sprechweise verdankt man dem Oberbürgermeister Ziegler, mit dem ich zusammen im ersten Deutschen Reichstag saß. Ziegler hatte als junger Mann, vielleicht als Jeneiner Student, Goethe sprechen hören. Befragt, wie Goethe gesprochen habe, antwortete er: „Wie S. B. Oppenheim.“ Die Sprache S. B. Oppenheims, eines Frankfurter Volkswirts und Reichstagsmitgliedes, war ein ganz unverfälschtes „Frankfurterisch“ im Tonfall wie in den Idiotismen des Frankfurter Dialekts, selbst mit einem in Frankfurt häufigen Zusatz von Mäuscheln. In Zieglers Ausspruch mag eine spöttliche Uebertreibung mitgespielt haben.“ Was die Klangfarbe des in Weimar gesprochenen Deutsch betrifft, so muß sie sehr breit gewesen sein, denn wenn Goethe Frankfurterisch sprach, so sprach der Großherzog Thüringisch, die Großherzogin Luise Darmstädtisch, Wieland und Schiller zweierlei Schwäbisch, Herder Oppenheimisch, die Gebrüder Humboldt warierten mit Berlinisch auf. Doch muß das Süd-euthüringisch entschieden vorgeherrscht haben, und die vielen falschen Reime, die bei den Weimarer Dichtern unterlaufen, sind jedenfalls auf die dialektische Aussprache zurückzuführen.

Knochenfindende Ameisen. Die Gebeine, die aus alten ägyptischen Gräbern zu Tage gefördert werden, befinden sich trotz aller Vorsicht, die auf ihre Ummantelung verwendet worden ist, oft in einem arg zerstörten Zustand. Nun sollte man sich freilich eher darüber wundern, daß diese Knochen sich durch die Jahrtausende hindurch in vielen Fällen noch so gut erhalten haben. Andererseits wünscht man zu wissen, welchen Kräften ihre Beschädigung zuzuschreiben ist. Früher hat man sie auf die Tätigkeit von Käfern zurückgeführt, da deren Körper fast immer in der benachbarten Erde zu finden sind. Dr. Perry verfuhr

jetzt aber in einer Zuschrift an die Nature nachzuweisen, daß die Käfer unmöglich für die Zerstörung der Knochen verantwortlich gemacht werden können. Es gibt nur eine Insektenfamilie, der man eine solche Fähigkeit und Liebhaberei zumuten kann, nämlich die sogenannten weißen Ameisen oder Termiten, die auch heute noch in jenen Gegenden Afrikas vorkommen und wohl überhaupt als die unheimlichsten Feinde im ganzen Tierreich zu betrachten sind. Hat man doch sogar die Erfahrung machen müssen, daß die Termiten ganze Kavel mit all ihrer Verwehung zerfressen können. Ueber auch im einzelnen ist es nachweisbar, daß die ägyptischen Schädel und andere Knochen von den Termiten und nicht von andern Tieren heimgesucht worden sind. Sie verrichten ihr Zerstörungswerk stets so, daß sie ein Netzwerk von Tunneln aus Erde oder Sandkörnern, die sie mit einem selbst fabrizierten Klebstoff zusammenbauen, anlegen. Damit überziehen sie den Gegenstand, auf den sie es abgesehen haben, und vernichten diesen dann oft so gründlich, daß nur der von ihnen selbst geschaffene Oberbau übrig bleibt. Bei einigen altägyptischen Resten sind nun solche Verhältnisse in einem Erhaltungszustand gefunden worden, daß kein Zweifel daran bestehen kann, daß nur Termiten dort tätig gewesen sein können. Zu der vielen Leuten, die durch die gefräßigen Termiten Schaden erlitten haben, kommen jetzt also noch die Ägyptologen, die ihnen den Verlust mancher wichtigen Zeugen fernem Altertums zur Last zu legen haben.

Aus aller Welt.

Napoleon I. auf dem Sterbebette. Am 5. Mai feiert Napoleons I. Todestag zum 90. Male wieder. Etwas acht Tage vor seinem Tode diktierte er dem Grafen Montolon folgende Zeilen in die Feder, die dieser nach seinem Ableben an Sir Hudson Lowe, den Gouverneur von St. Helena, schreiben sollte: „Der Gouverneur, Kaiser Napoleon ist am ... infolge einer langen schweren Krankheit gestorben. Ich habe die Ehre, Sie davon in Kenntnis zu setzen. Er hat mich ermächtigt, Ihnen, wenn Sie es wünschen, seine letzten Wünsche mitzuteilen. Ich bitte Sie, mich wissen zu lassen, welcher Art die von Ihrer Regierung vorgezeichneten Dispositionen für die Ueberführung des Leichnams nach Europa und diejenigen sind, die sich auf die Personen seines Gefolges beziehen.“

Am Abend des 2. Mai 1821 versuchte der Gefangene von St. Helena seinen Kammerdiener Marchand noch einige testamentarische Bestimmungen zugunsten seines Sohnes nach der Prinzessin Pauline in die Feder zu diktieren, aber erst

verlangte ihm schon die Worte. Es war, als ob er sich in Halbunken des erlöschenden Lebens mit seinen Gedanken nicht mehr zur Rechtfertigung könnte. In der Nacht vom 2. bis 3. Mai erob er sich plötzlich mit transpirationen Zuckungen von seinem Lager, um aus dem Bett zu springen. Nur mit Mühe vermochte Montolon ihn in die liegende Stellung zurückzubringen. Der folgende Tag und die folgende Nacht verliefen ziemlich ruhig; in der Nacht zum 5. Mai trat jedoch eine Delirien ein, in der Napoleon mit so unüberwindlicher Wucht aus dem Bette sprang, daß er den General, der ihn daran zu hindern suchte, mit sich auf den Fußboden niederriß. Mit dieser letzten außerordentlichen Anstrengung aber hatte sich die Lebenskraft des Sterbenden erschöpft, wenige Stunden später begann schon das Todesröcheln, und von jenem Augenblick an war nach den Beobachtungen Montolons von einem Todesstampf nichts mehr zu spüren. Ruhig lag er auf dem Rücken da, mit der rechten Hand außerhalb des Bettes, ohne irgend welche Schmerzen zu vertragen, mit dem Ausdrück tiefen Nachdenkens, die Lippen zusammengepreßt. Zehn Minuten vor 6 Uhr Abends am 5. Mai 1821 kam das Ende. Während Napoleons im Sterben lag, brauste ein gewaltiger Sturm über die einsame Ozeaninsel hin, als ob die entfesselten Elemente ihm den Sterbefang singen wollten.

Früh übt sich, wer ein Meister werden will. In amerikanischen Landstädten gibt es Theatertruppen, die sich ausschließlich aus Kindern von 12 bis 15 Jahren zusammensetzen. Es handelt sich dabei aber keineswegs um kunstgeübte Schüler, die in ihren Pausenstunden Stücke einstudieren; im Gegenteil, der Vertrieb verrät echten, künftigen amerikanischen Geschäftssinn, und die jugendlichen Mitglieder dieser Truppen betreiben ihre Theater-Spielerlei nicht etwa im Nebenberuf, sondern verdienen viel Geld. Eine dieser bekanntesten Kindertruppen ist die von Aaron Lewy, einem Sohne der Stadt Philadelphia, der dank seiner Gerissenheit bereits auf dem Wege ist, ein reicher Mann zu werden, obgleich er kaum das siebzehnte Lebensjahr vollendet hat.

Aaron Lewy, so wissen die „Lectures pour Tous“ zu erzählen, begann als 13jähriger Knabe mit einigen Schulkameraden Theateraufführungen zu veranstalten; wobei die Wiese als Bühne, der Wald als Kulisse und der Himmel als Plafond dienten. Bald aber erwachten die starken geschäftlichen Instinkte des jugendlichen Theaterfreundes. Er mietete auf Kredit eine leerstehende Bretterbude, die zum Theater umgewandelt wurde und in der jeden Sonntag Vorstellungen stattfanden. Ein Jahr lang wurden die Einnahmen aus diesen Aufführungen zur Anschaffung von Kostümen, Perücken und Dekorationen verwendet. Im nächsten Spieljahr war die Unabhängigkeit dieses Kinder-

Oeffentl. Frauen-Versammlungen

heute Abend im „Gewerkschaftshaus“, Freitag im „Königsgrund“, Lohestraße 45/47.

Lebensmittelwucher und Warenvertenerung.
Ueber dieses wichtige, zeitgemäße Thema wird im nächsten Zahlabend verhandelt werden, der am Montag, den 8. Mai, Abends 8 Uhr in 33 Lokalen abgehalten wird. Es ist die Pflicht eines jeden Mitglieds des Sozialdemokratischen Vereins, seinen Zahlabend zu besuchen.

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“. Die für Freitag, den 5. Mai, geplante General-Versammlung wird nicht abgehalten.

Achtung, Sattler! Die Kollegen der Kofferfabrik von J. Saemann, Reuschstraße, erziehen als Antwort auf ihre beschwerdlichen Forderungen die Kündigung. Jeder Zugug ist fernzuhalten.

Die öffentlichen Impfungen beginnen in diesem Jahre am 3. Mai und werden, mit einer Unterbrechung in der Zeit vom 25. Juni bis 11. August, bis zum 27. September fortgesetzt.

Der frühere Direktor der Landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaft Wilhelm Siegert in Breslau hatte sich heute vor der ersten Strafkammer wegen Untreue und Urkundenfälschung zu verantworten. Er ist seiner Zeit reichlich geworben, nachdem er 63.900 Mark veruntreut hatte. Das Urteil lautete auf vier Jahre Gefängnis, 1000 Mark Geldstrafe und vier Jahre Ehrverlust. Näherer Bericht folgt.

Viktoria-Theater. Bei uns in Breslau große Ausstattungsrebelle in 6 Bildern von Henry Vender. Musik von Fritz Lehner. Revuen sind nur in Deutschland etwas Neues; in Paris bestehen sie schon seit einem Vierteljahrhundert und zeichnen sich besonders durch ihre Frivolität und durch eine zügellose Freiheit der politischen Satire aus. Die beiden Faktoren blühten auch die Ursache sein, daß die Revüisten erst so spät den Weg über den Rhein gefunden haben. In Berlin erschienen die erste Revü 1893 von Leo Leipziger, dem Mitbegründer des „Roland von Berlin“, und heute hat das Metropoltheater das Monopol auf dieses Genre. Das, was wir hier in früheren Jahren in neuer Bearbeitung als „Durchlaucht Robleschen“ oder „Die Herren von Magim“ gesehen haben, waren ursprünglich Berliner Revüisten. In Breslau war es dem seit vielen Jahren im besten Andenken stehenden Komiker Henry Vender vorbehalten, eine lokale Revü lustigster Art einzuführen. Er hat schon im vorigen Jahre die sehr gelungene Satire „Breslau, was sagst du?“ kräftig ein, so scheint die diesjährige namentlich in Bezug auf Dekorationen und Ausstattung noch einen Schritt vorwärts gegangen zu sein. Nach einem ziemlich langen, der Fürtzung sehr behräftigten ersten Akt sehen wir nacheinander in einer höchst gelungenen Ausföhrung die Unübersicht, die Technische Hochschule, die Kaiserbrücke usw. Vom zweiten Akt ab sprudelt auch der Wit Venders in seiner unerschöpflichen Fülle und dazwischen erdönen leicht witzigende Melodien, die man bei der zweiten Strophe schon mislingen kann, wie das auch am Mittwoch (in der zweiten Aufföhrung) mehrfach bemerkt wurde. Einige dieser reizenden Refrainen haben also die größte Anwartschaft darauf, populär zu werden. Der Komponist, der persönlich dirigiert, hat sogar eine leibhaftige Partitur vor sich liegen, was man von unseren einheimischen Operettenkapellmeistern nicht immer mit gutem Gewissen behaupten kann. Staunenswert ist die Wandlungsfähigkeit Venders, der in nicht weniger als sieben verschiedenen Masken erscheint, staunenswert die Frigilität, mit der auch die übrigen Vertreter der Hauptrollen sich umkleiden. Nicht weniger als drei recht gute Coupletten werden ins Treffen geschleut, die schon aus dem Vorjahre bekannten Damen Boje, die sogar im ersten Akte ihrer Koloraturvollgän Stems Konkurrenz machen will, Fernöfen, das neßliche 25 Pfennigstück von 1910, und das sehr schick Fräulein Herzka. Als Compere ist Hermann Bartel recht akzeptabel. Von den Ensemblemitgliedern ist eine Parodie sowie des glänzende Schlußballlet besonders hervorzuheben. Man genießt diese Revü ohne große gefällige Anstrengung und erinnert sich ihrer gern mit heilerem Lächeln und frohem Behagen, zumal sie ohne große Prätension auftritt. Sie will nur lustig und witzig sein, und durch schöne Bilder voll Farbenfreudigkeit entzöden und mit prödelnden Löhnen dem Ohre schmeicheln. Und wirklich können sich manche Operettenmitglieder an diesem Wit — Wit kaufen und manche Kompositionen lernen, wie man mit verschönerndem Land dem Volod „Publikum“ Melodien von Fleisch und Blut darbietet. Das Viktoria-Theater dürfte für die Sommerzeit ausgesorgt haben; denn so klein auch die Zahl unserer Konzerte und Theaterbesucher ist, so unerschöpflich sind die Massen, welche an diesem letzten Genre Gefallen finden. Nicht nur in Breslau, auch in der Provinz wird es heißen: „Das muß man gesehen haben, da muß man hineingetreten sein!“ S. W.

Zum Aufwache bei Kriptax sei berichtigend bemerkt, daß die dem Aufwache zum Opfer gefallene Martha Wittenberg die am Donnerstag Abends auf der Reuschstraße in Begleitung eines Mannes gesehen worden ist, nicht eine grüne Pelzermine, sondern ein langes braunes Sackjacket getragen hat, das ihr viel zu groß war, und als Kopfbedeckung nicht einen dunklen Filzhut, sondern einen weiß-blaugefärbten Strohhut und zwar auffallend weit im Nacken trug, so daß das Gesicht auf der Stirn deutlich sichtbar war. Die Personen, die das Mädchen in Begleitung von Männern gesehen haben, werden dringend gebeten, sich schleunigst im Polizeipräsidium Zimmer 21/22 zu melden. Der wegen Mordverdachts von der Polizei festgenommene Arbeiter Kahler scheint nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei nicht der Täter zu sein. Die Leiche der Ermordeten ist inzwischen nach dem Leichenhause in Kriptax verbracht worden.

Tödtlich verunglückt ist Mittwoch Nachmittag der Zimmerer Max Mentwig, Grünstraße 21, IV, auf dem Neubau des Wohlfahrts-Hauses, das der Magistrat auf dem Grundstück Friedrich-Wilhelmstraße 101 errichten läßt. Nentwig war vom Zimmerwerk aus dem dritten Stockwerk über die Leiter mit einem Auftrag geschickt worden, kam aber nicht mehr wieder; als man nach ihm ausschaute, fand man ihn tot am Fuße der Leiter liegen. Er war abgestürzt und hatte, wie ein hütgenzogenen Arzt feststellte, einen schweren Schädelbruch erlitten, an dem er sofort gestorben war. Seine Leiche wurde in das Leichenhause geschickt.

Selbstmordversuch. Die Frau eines Schneidlers aus der Südböschung versuchte sich am 2. Mai zu vergiften. Sie wurde in ein benachbartes Krankenhaus eingeliefert und es gelang den Ärzten, sie soweit wieder herzustellen, daß sie am Mittwoch von dort entlassen werden konnte.

Brand einer Bretterbude. In der Nacht zu Donnerstag, kurz nach 1 Uhr, wurde von der Gasanstalt IV, Dörgey, ein Feuer in der Bernhardtstraße bemerkt und der Feuerwehrgesellschaft. Als diese dort erschien, fand sie die dem Bernhardtstraße gegenüber aufgestellte hölzerne Bretterbude, die zum Anstehen und zum Ausschau von Selteneren benutzt wurde, vollständig in Flammen. Das Feuer wurde bald gelöscht. Die Bude ist aber vollständig vernichtet.

Eine furchtbare Kessel-Explosion ereignete sich heut Vormittag gegen 10 Uhr in der technisch-chemischen Fabrik von Mühlberg, Michaelsstraße 55. Ein Kessel mit Benzol, der über dem Feuer stand, explodierte. In dem Kesselraum waren zur Zeit der Explosion der Fabrikhaber Eb. Mühlberg und der Arbeiter Alfred Buchta, Neue Adalbertstraße 115, die beide schwere Brandwunden erlitten. Der Kesselraum und der darüber liegende Dachstuhl brannten vollständig nieder. Aus dem benachbarten Lageraum verbrannten sechs Faß Bogenfeil. Der Arbeiter Buchta wurde ins Krankenhaus Beilkehem auf der Sternstraße geschafft, der Fabrikhaber in die Maglinsk. Buchta hat am ganzen Körper so schwere Brandwunden erlitten, daß leider keine Aussicht besteht, ihn am Leben zu erhalten.

3 Messingdiebstahl. Von einer Grabstätte auf dem Gähler Friedhofe wurden vor einigen Tagen vier Messingringe und die dazu gehörigen Griffe losgelöst und gestohlen.

3 Leberziehdiebstahl. Aus einer Wohnung des Hauses Wallstraße 22 wurde ein schwarzer Sommerpaletot mit seidnem Futter und Spiegelausschlügen gestohlen.

3 Gegenstände wurde ein schwarzes Portemonnaie, ein schwarzer Herrenschirm, eine Hundeleinwand, ein rotes Portemonnaie, ein Paket enthaltend Steuerformulare, ein Zwanzigmarsch und ein Knabenrock.

Neueste Nachrichten.

Reichstags-Dispositionen.

Berlin, 4. Mai. Im Senatsentwurf wurde über den Beginn der Beratungen der Reichsversicherungsordnung beraten. Es besteht bei der Regierung und dem Präsidium der Reichstags-Veratungen so bald als möglich zu beginnen. Der Präsident Graf Schwerin-Söldwig hatte die Absicht, die Beratungen schon diesen Donnerstag beginnen zu lassen. Von sozialdemokratischer Seite wurde eingewendet, daß die Fraktionen bisher nicht genügend freie Zeit gehabt haben, um die neuen Beschlüsse einer gründlichen Erörterung zu unterwerfen. Es sei daher angebracht, den Beginn der Beratung auf einige Tage weiter hinauszuschieben. Zulezt wurde der Vorschlag gemacht, frühestens am Sonnabend mit der Beratung zu beginnen. Der Präsident erklärte, daß eine geschäftsordnungsmaßige übliche Beratung des Gesetzes vorgenommen werden solle. Wie bei zweiter Lesung üblich, soll keine Generaldebatte stattfinden. Über der Entwurf werde paragrafenweise durchberaten werden. Mit dieser Erklärung machte sich eine Geschäftsordnungsdebatte über die Art der Beratung überflüssig. Der Konvent kam überein, daß die Beratung der Reichsversicherungsordnung am Freitag im Plenum beginnt. Da die Absicht besteht, das Gesetz vor Pfingsten in dritter Lesung unter Dach und Fach zu bringen, so sollen die bis her alle vierzehn Tage gewöhnlichen freien Tage wegfallen. Außerdem wird eine Unterbrechung der Beratung dieses Gesetzesvertrages so wie es erfolgen, da der Handelsvertrag mit Schweden in den nächsten Tagen dem Reichstags zugestellt werden dürfte. Ferner sollen, um genügend Zeit für die Beratung zu gewinnen und den Fraktionen die Möglichkeit zu geben, über die einzelnen Abschnitte des Gesetzes Erörterungen zu pflegen, die Sitzungen aller übrigen Kommissionen auf zwei Tage in der Woche beschränkt werden.

Eine sensationelle Hochverratsgeschichte.

Köln, 4. Mai. Hier ist vor drei Wochen in aller Heimlichkeit die französische Sprachlehrerin Thirion verhaftet worden. Man vermutete hinter ihr andere Mitschuldige und hielt deshalb vorerst die Angelegenheit streng geheim. Erst jetzt werden nähere Einzelheiten über die plötzliche Inhaftierung und deren Gründe der Beherrin Thirion bekannt gegeben. Fräulein Thirion ist tatsächlich eine Verwandte des französischen Ministerpräsidenten Monis. Sie wohnte seit Oktober vorigen Jahres in Köln und unternahm von hier aus wiederholt Reisen nach Frankreich. Sie wird als eine außerordentliche Schönheit bezeichnet. Ein Untersuchungsrichter vom Leuziger Reichsgericht ist seit mehreren Tagen in Köln, um persönlich die Untersuchung zu leiten.

Opfer der Schandliteratur.

Kaiserlautern, 4. Mai. Ein 16-jähriger Junge und ein gleichaltriges Mädchen hatten sich, angeregt durch das viele Lesen verderblicher Schandliteratur, im Waldesbüschel bei Kaiserlautern eine regelrechte Räuberhöhle eingerichtet und zu deren Bau und Einrichtung ihre ersten Einbruchsdiebstähle in einer heiligen arößeren Möbelfabrik verübt. Ebenso wurden Wäsche- und Kleidungsstücke sowie Nahrungsmittel, sowie alles andere zum Lebensunterhalt Erforderliche durch Diebstähle und Einbrüche herbeigeschafft, das Mädchen begleitete seinen Genossen nach jeder Räuberbrautmanier in Männerkleidung auf allen seinen Streifzügen, die in nächstlicher Stunde ausgeführt wurden, und stand Wache. Nicht Tage lang fürten die beiden ihr Räuberleben ungestört. Dann wurden sie bei der Heimkehr von einem nächtlichen Raubzuge abgefaßt.

Durch Wurst vergiftet.

Erfurt, 4. Mai. Hier erkrankten zwanzig Personen nach dem Genuss von sogenanntem Preskopf an Fleischvergiftung. Die sofort eingeleitete Untersuchung muß erst noch Näheres ergeben. In Lebensgefahr schwebt von den Erkrankten niemand.

Verzweiflungstat eines Ausgewiesenen.

Berich, 3. Mai. Ein Coiffeur namens Bucher, der aus armenpolizeilichen Gründen heute mit seiner Familie aus Bärich in seine bernische Heimatgemeinde heimgeschickt werden sollte, erschoss zwei seiner Kinder und verletzte die Ehefrau und ein drittes Kind durch Schüsse schwer und beging darauf Selbstmord.

Ein Minister unter Anklage

Stockholm, 4. Mai. Die Marinekommission des Reichstages hat gestern mit 13 gegen 11 Stimmen beschlossen, beim Reichstags zu beantragen, den früheren Marineminister Ehrenschærd unter Anklage zu stellen wegen eigenmächtiger Ueberziehung der ihm vom Reichstags zugewilligten und im Marinebudget enthaltenen Summen für die Unterhaltung der Flotte.

Urteil im Heiligenbaum-Prozess.

Moskau, 4. Mai. In dem Prozeß gegen den früheren Besitzer des Seebades Heiligenbaum, den Schriftsteller John Marill, wurde heute Nacht das Urteil gefällt. Der Angeklagte John Marill wurde wegen Betruges zum Tode und der Firma Naate und wegen Konkursvergehens zu fünf Monaten und drei Tagen Gefängnis verurteilt. Die Strafe wird durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet. Von allen anderen Anklagen wurde Marill freigesprochen, ebenso die beiden anderen Angeklagten Faulmann und Schleps.

Aus Tanager.

Tanager, 4. Mai. Gestern traf aus Fez die schriftliche Bestätigung ein, daß die Mehalia Bremonds dort wohl behalten eingetroffen sei. Um Fez herum herrscht zurzeit Ruhe. Vom 16. bis zum 26. April kam in Fez keine Post an, so daß dort mit Spannung Nachrichten über die französischen Absichten erwartet wurden.

Die Lage in Mexiko.

New-York, 4. Mai. Die Lage in Mexiko ist sehr kritisch. Die Ueberzeugung wächst stündlich, daß Diaz unfähig ist, die Revolution zu unterdrücken. Die Rebellen sind tatsächlich dicht an der Stadt Mexiko. Sie bringen bereits in die Vorstädte ein. Der Gouverneur des Staates Sinaloa ist geflohen. Die Rebellen nahmen Durango, die Hauptstadt des gleichnamigen Staates, ein.

Würzburg, 4. Mai. Das hiesige Schurgericht verurteilte den Dienstknecht Johann Weintertel aus Stielweg bei Würzburg, der am 7. Juli 1910 seine Geliebte erschossen hatte, zu 14 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 4. Mai:
Oeffentliche Frauen-Versammlung im großen Saale.
Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billards-Zimmer.
Polzarbeiter-Verband. Bezirke 8, 10, 11. Versammlung im Zimmer 2.
Central-Krankenkasse der Zimmerer. Versammlung im Zimmer 3.
Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2 - 9 Uhr im Zimmer 7.
Freitag, den 5. Mai:
Gewerbegerichtliche Versammlung im Zimmer 1.
Kassenverwaltungsbeamte. Versammlung im Zimmer 2.
Sonnabend, den 6. Mai:
Mai-Kränzchen. Sektion der Friesenleger.
Sonntag, den 7. Mai:
Krankenkasse Nachm. 4 Uhr im Zimmer 1.
Stenographen. Vormittags von 10 bis 12 Uhr Kaffentag im Zimmer 7.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Der Zahlabend
ist Montag, den 8. Mai, Abends 8 Uhr,
in folgenden Lokalen:
Distrikt 1 (Gähler), Kronprinzenstr. 50, Ref. Gen. Herrmann
2 (Sauerbr.), Viktoriastr. 34, Ref. Gen. Vietzsch
3 (Gräßlich, Vorst. südl.), Gräßlichenerstr. 74, Ref. Gen. Schiller
3a (Gräßlich, Vorst. nördl.), Luisenstr. 13, Ref. Gen. Wolff
3a (Gräßlich, Vorst. nördl.), Siebenhufenerstr. 19, Ref. Gen. Machol
4 (Molaitor), Bergstr. 15, Ref. Gen. Frau Sawatsch
4 (Molaitor), Mürtischestr. 36/38, Ref. Gen. Bödler
4 (Molaitor), Frankfurterstr. 31, Ref. Gen. Ueberholz
6 (Molaitor), Leuthenstr. 12/14, Ref. Gen. Ueberholz
6 (Molaitor), Sildebrandstr. 28, Ref. Gen. Pache
7 (Molaitor), Wellenstr. 26, Ref. Gen. Seibold
7 (Molaitor), 58, Ref. Gen. Kurtz
7 (Molaitor), Leuthenstr. 62, Ref. Gen. Heymann
7 (Molaitor), Posenerstr. 61, Ref. Gen. Senf
8 (Molaitor), Mehlgaße 52/54, Ref. Gen. Loebus
8a (Molaitor), Reichkaufstr. 33, Ref. Gen. Winger
9 (Molaitor), Michaelisstr. 9, Ref. Gen. Peikert
9a (Molaitor), Enderstr. 6, Ref. Gen. Kubitz
10 (Molaitor), Delsnerstr. 9, Ref. Gen. Seize
11 (Molaitor), Michaelisstr. 28, Ref. Gen. Th. Millea
12 (Molaitor), Paulstr. 43, Ref. Gen. Proffig
13 (Molaitor), Dirschstr. 68, Ref. Gen. Peinge
14 (Molaitor), Königgräberstr. 10, Ref. Gen. Rabold
15 (Molaitor), Gewerkschaftshaus, Referent Genosse Grohmann
15a (Molaitor), Alte Taschenstr. 16, Ref. Gen. Neukirch
16 (Molaitor), Strehlerer Tor, Gubenstr. 80, Ref. Gen. Philipp
16 (Molaitor), Wohrauer Tor, Wohrauerstr. 70, Ref. Gen. Lbbe
17 (Molaitor), Schweidnitzer Tor (Südbr.), Neudorfstr. 99, Ref. Gen. Schneidewind
17a (Molaitor), Schweidnitzer Tor (nördl.), Neudorfstr. 65, Ref. Gen. Brunow
18 (Molaitor), Innere Stadt (östl.), Kupferhammerstr. 22/23, Ref. Gen. Feuert
19 (Molaitor), Innere Stadt (westl.), Kupferhammerstr. 21, Ref. Gen. Flegon
Land-Distrikt 6 (Böpelwitz), Promnitzstr. 2, Ref. Gen. Riedel
14 (Herbain, Dürgey), Schönstr. 21, Ref. Gen. Kawalla

Distrikt 7 (Molaitor).

Sonntag, den 7. Mai, Vormittags 8 Uhr, Mitglieder-Agitation vom Lokal Bödlerstrug, Leuthenstraße 62, aus. Es ist Pflicht jedes arbeitstüchtigen Genossen, zu erscheinen. Die Distriktsführer.

Distrikt 8 (Molaitor).

Sonntag, den 7. Mai: Ausflug nach Oswig. Treffpunkt: Distriktslokal Morgens 6 Uhr, Abmarsch 6 1/2 Uhr. Sammelplatz in Oswig im Lokal von Schaub (früher Anabe). Für Unterhaltung für Jung und Alt ist gesorgt. Genossen aus anderen Distrikten sind willkommen. Bei ungünstiger Witterung ist der Ausflug acht Tage später.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Neumarkt.
Land-Distrikt 18. (Rathen, Al-Heilau u. Umgegend.)
Sonntag, den 7. Mai, Nachmittags 3 Uhr, im Garten des Herrn Birne, Frauen-Versammlung. Tagesordnung: 1. Die Arbeiter-Frauen und Mädchen in den gegenwärtigen politischen Kämpfen. Rednerin: Frau Marie Reiffenberg-Berlin. 2. Freie Aussprache.
Mittags 11 Uhr, Zahlung bei Frau Leupold in Klein-Heilau.
Land-Distrikt 20. (Dietrich-Schiff) Sonntag, den 7. Mai, Nachmittags 3 Uhr, Malzerei. Referent: Genosse Schölich-Breslau. Nachher Kinderbelustigungen und Tanz.

Julius Malz, Carisstr. Nr. 9

in der Schweidnitzerstraße.
Büchsen, Zylinder, Kinder-Metal-Bettelien
zu alle verschiedenen Mäßen.
Kinderwagen, Sportwagen, Rollwagen, Leiterwagen, Rohrwägel, Korbmöbel, Koffertische, Waschtische.
Breite wie bekannt allerbillig. 2407
Ausgabe von Reparaturen an Kinderwagen.

Deutscher Reichstag.

135. Sitzung vom Mittwoch, den 3. Mai, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratlich: Dr. Debrück.

Die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend

Aufhebung des Hilfskassengesetzes

wird fortgesetzt.

Abg. Graf Westarp (Conl.): In dem Entwurf handelt es sich lediglich darum, die Hilfskassen dem Aufsichtsamt für Privatversicherung zu unterstellen. Dafür sprechen die bei den Schwindelfällen hervorgeratenen Mängel, aber auch aus prinzipiellen Gründen sollte man die Krankenversicherungsvereine nicht anders behandeln, als andere private Versicherungen. Redner beantragt die Verweisung des Entwurfs an die Kommission für die Versicherungsordnung.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Ich stehe dem Entwurf nicht so sympathisch gegenüber, wie die Vorredner. Deren Uebereinstimmung verleihe ich, wenn sie meinen; mit diesem Gesetz dem Arbeiter das letzte Recht der Selbstbestimmung zu nehmen. Auf die Wünsche der Arbeiter ist bei der Vorlage nicht Rücksicht genommen, nur auf etwaige Wünsche der deutsch-nationalen Handlungsgehilfen, aber gerade die gutgeleiteten Hilfskassen befinden sich nicht in deutsch-nationalen Jahressachen und haben gegen die Nummerierung der Hilfskassen protestiert. Als Zweck des Gesetzes wird die Befreiung der Schwindelfassen angegeben, aber dieser Erfolg wird nicht erreicht werden. Zurück an dem. Beziehen der Schwindelfassen trägt die Regierung in dem Entwurf die Hilfskassen ungehindert sind, existieren keine Schwindelfassen, sowie man aber über die preussische Grenze kommt, nach Altona, blühen die Schwindelfassen, die sich mit patriotischen Namen ausstatten, und deren Leiter meist dem Reichsverband angehören. Die Arbeiterpresse, welche vor diesen Schwindelfassen warnt, wird verfolgt, und sozialdemokratische Redakteure sind verurteilt worden, weil sie vor solchen Schwindelfassen als Schwindelfassen gemant haben. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist noch bis in die allerletzte Zeit geschehen. Jetzt sagen Sie freilich, Sie wollen Schutz gegen die Schwindelfassen geben und wollen die Zulassung in das distinktionäre Ermessen der Verwaltung stellen. Ich gehe aber noch weiter und behaupte, der Entwurf ist geradezu eine Prämiierung neuer Schwindelfassen. Schon bei der Beratung der Gewerbeordnung wurde darüber gelaßt, daß die Arbeiter nicht das Recht hatten, ob eine gewisse Einrichtung zu gründen, und jetzt will man den Arbeitern das letzte Recht der Selbstverwaltung nehmen. In den Krankenkassen sollen sie gezwungen werden, 3 Prozent ihres Einkommens abzugeben, um irgendwelche verachteten bürgerlichen Existenzen zu halten, und nun will man ihnen auch bei den Hilfskassen sagen: Ihr dürft solche nicht schaffen ohne behördliche Genehmigung. Damit kommt man zu dem Zustande zurück, der vor 1869 in Preußen bestanden hat, und der von niemand höher begehrt wurde, wie von den Zentrumsabgeordneten, zum Beispiel von Reichensperger. Ich bin neugierig, was er sagen würde, wenn er heute seine Epitaphen hören könnte. Die Selbstverwaltung wird durch das neue Gesetz gefährdet, und durch Ihre (zum Zentrum) Zustimmung schädigen Sie die Gewerkschaften in höchster Weise. Die Behörde soll nach dem Entwurf nicht bloß die Befähigung, sondern auch die Zweckmäßigkeit der Kasse prüfen. Dabei hat das Aufsichtsamt mit den von Arbeitern geschaffenen Kassen gar nichts zu tun. In dem Augenblick, wo die Aufsichtsbehörde auch die Zweckmäßigkeit zu prüfen hat, hört die Selbstverwaltung auf. Dasselbe Furcht vor der Arbeiterklasse, die Sie jetzt bei der Schaffung des neuen Ausnahmengesetzes besetzt, brachte Sie in den 50er Jahren dazu, vor Zwangsstellen als vor kommunikativen Einrichtungen zu warnen. Reichensperger erklärte damals, wenn es auch kommunistisch ist, so ist es doch vernünftig. Die Behörde soll die Möglichkeit haben, Vereinen, deren politische, religiöse oder wirtschaftliche Tendenzen der Staat zu bekämpfen Anlaß hat, die Genehmigung zur Gründung von Hilfskassen zu verweigern oder ihnen das Lebenslicht auszublauen.

Das ist der Zweck des langen Gesetzes.

Wenn Sie das nicht wollen, wären Sie verpflichtet, Kautelen gegen solche Willkür zu schaffen. Nach dem Gesetz kann die Genehmigung verweigert werden, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Geschäftsführung der Kasse den Gesetzen oder den guten Sitten widerspricht. Das letztere wird von der Behörde angenommen werden, wenn z. B. Sozialdemokraten Mitglieder des Vorstandes sind. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Zu bestimmen hat darüber das Aufsichtsamt für Privatversicherung, in welchem kein Arbeiter vertreten ist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ueberall, wo etwas für die Arbeiter herauskommt, nennt man die Einrichtung sozialdemokratisch. Wichtig ist allerdings, daß alle wirkliche Fürsorge für die Arbeiter auf sozialdemokratische Anregungen zurückzuführen ist. Nach Erlaß der Gewerbeordnung entschieden die Gerichte, daß den Arbeitern das Recht gegeben sei, Kassen auch ohne Genehmigung der Behörden zu begründen. Aber die Verwaltungsbehörde wehrte sich dagegen und löste gutgeleitete Kassen auf. Der Reichstag vermehrte sich dagegen wie ein Mann. Heute aber sind die Herren vom Zentrum einverstanden mit der Auslieferung der Kassen an die Regierung. In Frankreich und England haben die freien Kassen unter der Selbstverwaltung der Arbeiter vorzügliches geleistet. In Deutschland hat man ihr Selbstverwaltungsrecht zurückgeschraubt und gab Normativbestimmungen heraus in der Absicht, den sozialdemokratischen Vereinen das Wasser abzugraben. Genau so steht es heute. Sollte die Vorlage wirklich Gesetz werden, so gießen Sie nur neues Wasser auf die Wüsten der Sozialdemokratie. Nichts kann so sehr die Aufklärung des Mittelstandes, der durch die Aufhebung der freien Hilfskassen am meisten geschädigt wird (Sehr wahr! bei den Soz.) und die Aufklärung der Arbeiter fördern, als die Klarheit und Entschlossenheit, mit der die Regierung in diesem Gesetzentwurf und ähnlichen damit vorgeht, den Arbeitern

wählerverbundene Rechte aus der Hand zu schlagen

und ihnen den Teil des Koalitionsrechts zu nehmen, der ihnen gestattet, über ihre Vermögensverwaltung selbst Bestimmungen zu treffen. Eine Steuer von drei Prozent des Einkommens erlegen Sie den Arbeitern auf, um Einkünfte zu schaffen für pensionierte Offiziere, ehemalige Beamte, Unteroffiziere und dergleichen. Wenn man auf das Aufsichtsamt für Privatversicherung hinweist, in welchem die Scharfmacher sitzen, so wird man es vielleicht für gegen die guten Sitten erklären, wenn ein politisch bestrafte Sozialdemokrat im Vorstand einer Kasse sitzt — der Staatssekretär suchte ja erst kürzlich politische Bestrafungen als besonders schlimm hinzustellen. Statt sozialdemokratischer Arbeiter wird man Leute in den Vorstand nehmen, die nicht wissen, wo den Arbeiter der Scheiß brüdt; vielleicht gelingt es Ihnen, den Mörder des Arbeiters Herrmann ausfindig zu machen und ihn als Kassenrentanten zu bestallen. Glückauf dazu! (Lebhafte Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Kemmann-Osfer (Vpt.):

Eine Aenderung der Gesetzgebung über die Hilfskassen scheint uns notwendig wegen der hervorgeratenen Mängel, und wir stimmen der Stellung der Hilfskassen unter das Aufsichtsamt für Privatversicherung zu. Einzelheiten werden wir in der Kommission prüfen, denn wir wollen Leibesweiss für

solche Bestimmungen eintreten, die auf eine Entrechtung der Arbeiter hinauslaufen. (Bravo! b. d. Vpt.)

Abg. Dr. Weber (natl.): Auch wir verfolgen mit diesem Gesetz keine politischen Bestrebungen. Auch in Kassen unter sozialdemokratischer Leitung wird genau soviel Schwindelfass getrieben, (Zuruf b. d. Soz.): Beweisen Sie das doch! Das ist eine Gemeinheit! wie in Kassen, die von bürgerlicher Seite geleitet werden. Wir sind eben alle Menschen. Die Unterstellung der Hilfskassen unter das Aufsichtsamt für Privatversicherung ist eben notwendig.

Vizepräsident Dr. Spahn: Es fiel vorhin der Zwischenruf: Gemeinheit. Ich habe den Zwischenrufer nicht erkannt. Wer war es?

Abg. Emmel (Soz.): Ich war es.

Abg. Debel (Soz.) (sich zu Emmel wendend): Sie haben nicht zu antworten, wir sind hier in keiner Schule. (Zustimmung b. d. Soz.)

Vizepräsi. Dr. Spahn: Ich rufe den Abg. Emmel zur Ordnung. (Weiß rechts u. i. Zentr.)

Abg. Lehrens (Wirtschaftl. Bgg.) begrüßt die Vorlage, die geeignet sei, die Schwindelfassen zu bekämpfen.

Abg. Lebeshour (Soz.):

Auf Stadthagens Bemerkung, daß von sozialdemokratischer Seite in der Presse wiederholt auf Schwindelfassen hingewiesen sei und daß dann die sozialdemokratischen Redakteure bestraft wurden, hat Dr. Weber erklärt, Schwindler gibt es überall, in der Sozialdemokratie und bei den bürgerlichen Parteien. Diese Aufgabe in der Bemerkung ist richtig, private Schwindler kommen in allen möglichen Organisationen vor. Aber darum hat es sich hier nicht gehandelt, sondern um den Kampf gegen die Schwindelfassen, die systematisch zur Verschwindelung der Arbeiter gegründet sind. Herr Weber suchte den Kampf gegen die Schwindelfassen auf das Gebiet der privaten Schwindler hinüberzuspielen. (Widerspruch des Abg. Dr. Weber.) Gewiß, durch Ihre Bemerkung haben Sie die generelle Frage der Bekämpfung der Schwindelfassen auf die Frage hinüberzuspielen gesucht, ob richtig in allen Organisationen Schwindler zu finden sind. Und dazu lag gar kein Anlaß vor. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Damit schließt die Diskussion. Der Entwurf wird an die Kommission für die Versicherungsordnung verwiesen.

Es folgen Petitionen.

Eine große Anzahl Petitionen werden nach den Anträgen der Kommission debattiert. Unter anderem werden als Material überwiesen Petitionen betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Fleischnot und Petitionen auf ausreichende Entlohnung der Angestellten in Bahnhöfen, unter Abschaffung des Trinkgeldzwangs, auf Festlegung des Mindestlohes, auf Einführung des Bedürfnisnachweises im Handelsgewerbe, auf Errichtung eines selbständigen Wahlkreises Charlottenburg, auf Einführung eines einheitlichen gleiches Wahlrechts für die Wahlen in allen Volksvertretungen. — Zur Berücksichtigung überwiesen werden unter anderem die Petitionen betr. die Gewährung von Unterstützung an Jüngerholzarbeiter.

Sodann wird die vor einigen Monaten abgebrochene Diskussion über die Petitionen betreffend

Aenderung des Impfgesetzes

fortgesetzt. Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Dagegen beantragt ein nicht fraktioneller Antrag **Sachse-Severing (Soz.)** Ueberweisung der Petition, soweit sie Aufhebung des Impfgewanges und Einführung einer Gewissensklausele nach englischem Muster fordert, zur Berücksichtigung, im übrigen als Material.

Die **Abg. v. Damm, Liebermann v. Sonnenberg (Wirtschaftl. Bgg.)** beantragen eine Erweiterung des Antrages Sachse-Severing in dem Sinne, daß auch die Petitionen um Entschädigung der durch die Impfung Geschädigten zur Berücksichtigung überwiesen werden.

Ein nichtfraktioneller Antrag **Fahbender-Dr. Pfeiffer (Zentr.)** verlangt Ueberweisung der Petitionen um Aufhebung des Impfgewanges als Material, Revision des Impfgesetzes unter Einführung der Gewissensklausele, Einziehung einer zu gleichen Teilen aus Impffreunden und Impfgegnern zusammengesetzten Kommission und Vorlegung des von dieser Kommission zu sammelnden Materials als Denkschrift.

Abg. Dr. Fleischer (Zentr.) polemisiert gegen die Ausführungen, die vor einigen Monaten der Geh. Medizinalrat Kirchner gemacht hatte. Redner erwähnt u. a., daß eines seiner Kinder schwere Schäden infolge der Impfung erlitten habe. Die statistischen Angaben des Geh. Rats Kirchner seien tendenziös zurechtgestutzt. Redner verlangt namentlich die Einführung der Gewissensklausele, die sich in England vorzüglich bewährt habe. Geh. Rat Kirchner hat selbst erklärt, daß die Impfung keine lebenslängliche Immunität gewähre. Die Immunität erstreckt sich nach Geh. Rat Kirchner etwa auf 10 Jahre. Wenn sie konstant wären, müßten die Impffreunde also fordern, daß die Impfung von 10 zu 10 Jahren wiederholt würde. Würde diese Forderung aber im Ernst erhoben, so würde sich ein Sturm der Entrüstung im ganzen Lande erheben. (Lebh. Zustimmung bei den Impffreunden.) Ich bitte das Haus, alle die Anträge anzunehmen, die auf Berücksichtigung der impfgegnerischen Petitionen dringen, ganz besonders aber bitte ich das Haus um eine Kundgebung zu Gunsten der Gewissensklausele. (Lebh. Beifall b. d. Impffreunden.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.): Auf das allerentschiedenste protestiere ich dagegen, daß die Impffreunde als Verbrecher bezeichnet werden. Es steht fest, daß die Klausele gefallen ist, man müsse die Eltern in Ketten legen, die sich der Impfung ihrer Kinder widersetzen. Es hat schon förmliche Handgemeine zwischen Politikern und impfgegnerischen Eltern gegeben. Wir verlangen die Abschaffung des Impfgewanges und wenden uns namentlich gegen seine politische Durchführung. (Bravo b. d. Impffreunden.)

Abg. Graf Oppersdorff (Ztr.) bekennet sich im Gegensatz zu seinem Vorredner als Impffreund und befragt einen von einem Teil des Zentrums gestellten Antrag auf Einsetzung einer Kommission, der neben Impffreunden auch Impffegner angehören. Jemandem weiter den Impffreunden entgegenzutreten, könne von verhängnisvollen Folgen für die Volksgesundheit werden. (Beifall b. d. Impffreunden.)

Abg. Sachse (Soz.): Mit den Beschimpfungen, die sie sich gegen ihre Gegner leisten, beweisen die Impffreunde nicht die Stärke ihrer Sache. Auch eine große Anzahl Ärzte sind Impffegner. Will man auch diese Leute als Verbrecher hinstellen? (Sehr gut! bei den Impffreunden.) Auch Herr Kirchner hat zugestehen müssen, daß die Impfung keine dauernde Immunität gewährt. Zum mindesten sollte doch der Reichstag die Anträge zugunsten der Gewissensklausele und auf Einsetzung einer zu gleichen Teilen aus Impffreunden und Impffegnern zusammengesetzten Kommission annehmen. (Lebh. Beifall bei den Impffreunden.)

Behemer Medizinalrat Kirchner wendet sich gegen die Ausführungen der Impffreunde. Die Impffreunde haben kein Recht, sich über die Ausdrucksweise der Impffreunde aufzuregen, denn sie sind geradezu unerschöpflich im Schimpfen. **Regierungsrat Dr. Waeger** wendet sich gegen jede Ueberwindung des Impfgewanges und die Einführung der Gewissensklausele, die Rudolph Kirchow für geradezu lächerlich erklärt habe.

Abg. Dr. Fahbender (Zentr.) tritt für die Einführung der Gewissensklausele in das Impfgesetz ein.

Abg. Dr. Mugdan (Vpt.) erklärt das Impfgesetz für ganz vorzüglich und bittet deshalb sämtliche gestellten Anträge abzulehnen.

Damit schließt die Diskussion. Ueber die Reihenfolge der Abstimmung erhebt sich eine Geschäftsordnungsdebatte, in welcher der Antrag Sachse und Genossen von einem Redner als sozialdemokratischer Antrag bezeichnet wird.

Abg. Debel (Soz.): Der Antrag Sachse und Genossen ist kein sozialdemokratischer, sondern ein von einer Anzahl meiner Freunde gestellter Antrag.

Unter Ablehnung aller Anträge wird entsprechend dem Antrag der Kommission über die Petitionen zur Tagesordnung übergegangen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr. (Rechnungssachen, Petitionen.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Seuchenschutz und Mittelstandsrettung.

Das Dreiklassenhaus hat Mittwoch die erste Lesung der preussischen Ausführungsbestimmungen zum Reichsseuchengesetz vorgenommen. Die parlamentarischen Anwälte der notleidenden Großgrundbesitzer bemühten sich dabei nach Kräften, höhere Entschädigungen für ihre bedauernden Unfälle herbeizuschlagen. Vom Seuchenschutz selbst war nicht allzu sehr die Rede, wie ja auch in der Tat bei dem Seuchenschutz weniger die Sicherung des einheimischen Viehstandes die Hauptsache ist, als die Fernhaltung preisdrückender ausländischer Konkurrenz. Obgleich doch durch die enormen Zollsätze des von der agrarischen Mehrheit seinerzeit unter einem Rechtsbruch durchgesetzten Zolltarif ohnehin der Wettbewerb des ausländischen Viehes von dem deutschen Markt so gut wie ausgeschlossen ist, haben es bekanntlich unsere Agrarier immer noch verstanden, unter Berufung auf wirtschaftliche oder behauptete Seuchengefahren die Einfuhr von Vieh aus dem Ausland überhaupt zu verbieten. Hg. Fischbeck von der Fortschrittspartei wies das an einem sehr lehrreichen Beispiel nach. Er und Genosse Leinert brachten aber auch die komisch anmutenden, in Wirklichkeit aber empörenden Fälle vor, in denen man wegen Seuchengefahr politische Versammlungen verboten hat, wenn nämlich die betreffenden Versammlungen von oppositionellen Parteien veranstaltet waren. Gegen das in konservativen Versammlungen verbreitete Seuchengift scheint das nationale Vieh allerdings unempfindlich zu sein. Abg. Leinert zeigte auch, daß die Viehzüchterfreundlichkeit der Vorlage sich nur auf die Großgrundbesitzer erstreckt. Die Vorlage ging an eine Kommission.

Dann konnte der Mittelstandsretter von Zehendorf, Herr Damm, zwei seiner Zusätze begründen. Dem einen, der ein Verbot der Wanderlager forderte, widersprach Genosse Hoffmann unter Hinweis auf die Art, wie die Gemeindevertretungen eine solche Vorkehrung auslegen könnten; nur Aufklärung des Publikums könne Schutz bieten. Der andere Antrag forderte, daß man die Konjunktur eine mit schweren Steuerlasten belaste. Gegen dieses reaktionäre Verlangen, das weit über die Arbeiter hinaus alle Nichtbegüterten treffen würde, wendete sich Genosse Fisch mit der notwendigen Schärfe. Der Antrag wurde der Handelskommission überwiesen, die man zu dieser ehrenvollen Aufgabe noch um sieben Mann verstärkte. Donnerstag kleinere Vorlagen, vorher kommt unser Antrag auf Einführung des Disziplinarverfahrens gegen Siebnacht zur Verhandlung.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Konservative Anstandslehrer.

Mit einer geradezu lächerlichen Angst ziehen im Wahlkreis Gührau-Steinau-Wohlfau die patentierten Stützen von Tyrone und Altar gegen die Nationalliberalen zu Felde. Einen solchen Wahlkampf dürfte unser bisher so stiller, weitaus vom politischen Betriebe liegende Kreis wohl noch nicht gesehen haben. Und dabei ist dies erst der Anfang vom Ende. Seit überhaupt die Sozialdemokratie auf den Plan getreten ist und etwas „Leben in die Bude“ gebracht hat, ist auch urplötzlich das sogenannte Interesse der bürgerlichen Parteien „für's Volk“ nach geworden. Daß der jüngste Steuerraubzug auf die Taschen des letzteren auch endlich jenen die Zipselmütze abgestreift hatte, die bisher geduldet alles über sich ergehen ließen, scheint denen um Carmer unglücklicherweise zum Verußnis gekommen zu sein. Und nun gar noch der Einbruch der Nationalliberalen, die im Bunde mit den Freisinnigen unter der Firma des „Deutschen Bauernbundes“ eine ungemein rührige Agitation entfalten.

Die offene Fehde zwischen den letzteren und den Konservativen ist nun sogar auch in der Ausübung des Hausrechts, das heißt Verbot der Redefreiheit, gegenüber den Nationalliberalen zum Ausdruck gekommen. Wir Sozialdemokraten waren zwar längst daran gewöhnt und trotzdem hat die Aufklärung in der schwer zugänglichen Bevölkerung bedeutende Fortschritte gemacht.

Zur Erhellung unserer Leser wollen wir aber die Scheinbar an den Paaren herbeigezogenen Ursachen des Redeverbotes auf konservativen Versammlungen hier kurz anführen und die im Gührauer Kreisblatt veröffentlichte „Erklärung“ des konservativen Vereins sprechen lassen. Zunächst sei bemerkt, daß in der Gührauer Versammlung am 23. April, über die in der „Volkswacht“ kurz berichtet wurde, auf telegraphische Anfrage dem Oberlehrer Jansen-Wohlfau Redefreiheit zugesichert worden war, die indessen nach einseitigem Gebrauche mit Wortentziehung geendigt hatte.

Am Sonntag, den 30. April, hatte in Herrnsdorf wiederum der konservative Verein eine Versammlung anberaumt, zu der der nationalliberale Parteisekretär Gruppner-Begnitz sich telegraphisch von den Einberufern Redefreiheit sichern wollte, die jedoch abgelehnt wurde mit folgender Begründung:

Der nationalliberale Parteisekretär Gruppner hat in der nationalliberalen Versammlung vom 12. März in Gührau bei Erörterung der Frage, ob das Zentrum mit der Sozialdemokratie Wahlbündnisse abgeschlossen habe, ausgeführt, dies sei zweifellos schon oft der Fall gewesen; man sei sich nur nicht darüber klar, ob diese Bündnisse in der Satzung oder in der Anleihe abgeschlossen worden seien. Er könne darüber Auskunft geben: abgeschlossen seien die Bündnisse in der Satzung und in der Anleihe seien sie begossen worden. — Diese Bemerkung mußte auch jeden nichtatholischen Zuhörer empören, der noch Achtung vor Kirche und Religion hat.

Herr Gruppner hat ferner in derselben Versammlung die durchaus sachlichen und eindrucksvollen Ausführungen eines konservativen Gührauer Herrn, der ihm entgegentrat, dadurch abzuschwächen versucht, daß er wörtlich sagte: er habe noch nie einen Herrn gesehen, der in so wenigen Worten soviel Wüsten Unsinns zusammengeredet habe. Diese beiden Proben der von Herrn Gruppner beliebten Kampfesart mögen hier genügen. Wir Konservativen haben keine Veranlassung, einen auswendigen Redner, der das Niveau der Diskussion auf einen herabwürdigen Stand des politischen Anstandes und der Wahrheitsliebe gebracht hat, in unseren Versammlungen reden zu lassen, denn wir haben das Bestreben, daß der Parteikampf, bei aller Entschiedenheit unserer Stellung, doch bei uns unter allen Umständen in den Formen des politischen Anstandes geführt wird, dem bisher gewohnt haben.

Das Verbot wurde nunmehr zu weiteren Bedauern auch den Oberlehrer Jansen in Wolzau nach seinem Austritt in der konservativen Versammlung in Gumpau am 30. April nicht mehr bei uns reden lassen. Er hat sich dort einem der konservativen Redner gegenüber ohne jeden Anlaß in persönlicher beleidigender Form bedroht, hat sich den Welsungen des Vorsitzenden nicht gefügt und hat so unrichtige Angaben über die konservativen Versammlungen in die Presse gebracht, daß wir es befehlen müssen, mit ihm noch weiter auf dem politischen Kampfbühnen zusammen zu kommen.

Belustigend ist es, wenn sich die Konservativen als Republikaner für guten Ton und Sitze aufspielen. Im Wahlkreise Mittelschlesien war es der konservative Generalsekretär Kunze, der den politischen Zustand auf das tiefste herabwürdigte.

Die Sozialdemokratie kann mit größter Gelassenheit dem Kampf der feindlichen Kräfte zuschauen. Die gegenseitige Aufbebung der eigenen Sünden am deutschen Volke wird von den unteren Volksschichten schon richtig eingeschätzt werden.

Gubrau, 3. Mai. Von den Christen. Sie geben sich alle Mühe, hier einigermassen Fuß zu fassen. Zum Sonntag hatten sie wieder eine imposante Versammlung — geplant, und wenn nicht ein großer Teil der Anwesenden sich nach Schluß der politischen Mai-Versammlung im Schützenhaus eingefunden hätte, wären wohl die Herren Pfarrer und Neumann mit den paar Indifferenten und einigen Meistern „gang unter sich“ geblieben. Was wohl auch für die Zukunft das Beste wäre, denn die ewigen Redensarten von einer Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, von Ausbeutern und Ausgebeuteten, durch die obligateme Geheimpflichte die sozialdemokratischen Gewerkschaften und angeblich Terrorismus der letzteren müsse noch gerade auf dem Zurückgebliebensten auf dem Gebiete der modernen Arbeiterbewegung loszulassen „zum Falle herauskommen“. Es lohnt deshalb wahrlich nicht, weiterhin auf das Geschwafel von der „furchtbaren“ Stärke der christlichen Organisation und ihres — gar nicht vorhandenen — papierenen „Vorgangs“ und ihrer — nie errungenen — „großartigen“ Erfolge in puncto Lohnverhöhung und Arbeitszeitverkürzung für die Mitgließer einzugehen. Und wenn ein christlicher Apostel von der Harmonie allen Erntes den Juchzern erklärt, daß zum Beispiel ein Maurer mit 1500 Mark Einkommen, der nebenbei vielleicht noch ein kleines Anwesen besitzt, schon zu den „Besten“ zu rechnen sei, dagegen ein Amtsrichter mit 6000 Mk. Gehalt Schulden zu machen gezwungen sei und man daher nicht wisse, wo der Weg anfängt und wo er endigt, so ist dies nur ein kleines Beispiel großer sozialer Sachkenntnis.

Striegau, 4. Mai. Wegen der Maul- und Klauenseuche in Gräben verbot der Amtsvorsteher in Gräben auf Anordnung des Landrats Freiherrn von Richthofen ein Vergütigen des Arbeiter-Kadaververeins. Dem Geschäft Kleiner wurde mit Gefängnis und Konfiskation bedroht, wenn er seinen Saal dem Verein öffnete. Bei Besuche beim Herrn Regierungspräsidenten ist dem Vorsitzenden des Kadaververeins der Bescheid zugegangen, daß Vergütigen in geschlossener Gesellschaft stattfinden dürften. Fünftzehn Wochen wurde der Saal in seinem Geschäft geschlossen, aber Steuern und Abgaben mußte er weiterzahlen. Es ist derselbe Landrat, der vom Regierungspräsidenten angewiesen werden mußte, den Vorstand der Kreisstrankenkasse, der vom Landrat seines Amtes ohne gesetzlichen Grund entsetzt wurde, wieder in sein Amt einzusetzen.

Sicherheitsmaßnahme der öffentlichen Sicherheit. Am Eingang der Kirche beim Westpoltheater fuhr am Mittwoch Nachmittag ein Wagen über die eisernen Rinnrinnen. Weil nun diese Rinnen nicht so liegen, wie es die Sicherheit erfordert, so hätte die eine Rinne in die Höhe zu heben. In demselben Moment ging eine Frau vorbei und dieser wurde durch die herabfallende Rinne ein Fuß zerquetscht, so daß sie mit einem Kränkenwagen in ihre Wohnung gebracht werden mußte. Vielleicht wird dieser Unfall, der schon ziemlich lange besteht, nun bestritt. Aber warum muß immer erst ein Unglück geschehen? Durch solche Nachlässigkeit wird die öffentliche Sicherheit mehr gefährdet, als durch einen Raubzug.

Selbstmord beging in Starnitz der 12 Jahre alte Schulknabe Max A. Löwe, genannt Puder, der sich während der Abwesenheit der Eltern an einem Dachstuhl erhängte. Der Leichnam wurde hinter einen Vorhang getrieben und hatte diesen mit Lippen und anderen Gegenständen verstopft, damit man ihn nicht gleich finden konnte. Bei der Ausführung seines Entschlusses hatte sich der Knabe auf einen Korb gestellt und diesen dann umgehoben. Ueber die Ursache der Tat ist noch nichts bekannt.

Striegau, 4. Mai. Bau eines Elektrizitätswerkes. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß den Bau eines eigenen Elektrizitätsnetzes zur Verorgung der Stadt mit Elektrizität.

Münsterberg, 4. Mai. Schie Boden. Amtlicherseits ist der Besuch des Kreisstrankenhauses bis auf weiteres streng verboten worden, da ein russisch-polnischer Arbeiter, der an echten Pocken erkrankt ist, eingeliefert worden ist und noch mehrere berartige Erkrankungsfälle hinzugekommen sind. Auch ist in Tschammerhof die Arbeiterfrau Groß an Pocken erkrankt.

Schwabitz, 4. Mai. Verwegene Selbstmord. In der Nacht zum Sonntag dem Sonntag den Schwabitzener Straßendirektor in Strödel heim. Die Einbrecher zertrümmerten eine zum Korridor führende Türe, in welche der Selbstmörder eingestiegen war. Hierauf stemmten sie die Rückwand des Selbstmörders durch und rambten eine Kasse mit fünfhundert Mark Inhalt. Ein Kriminalbeamter verfolgte mit Hilfe eines Polizeihundes die Spur der Einbrecher bis nach dem Bahnhofs Strödel, wo sie verlorren ging.

Deutsches-Fliege, 4. Mai. Wegen Verleumdung des Gendarmerie-Wachmeisters Teil wurde der Gendarm Genosse Schürli vom Schöffengericht Neumarkt zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Genosse Schürli hatte in einer Frauenversammlung in Dissa wegen eines Vorfalls geäußert, der sich in Dissa zwischen dem Gendarmen Teil und zwei Genossen abgespielt. Der Gendarm soll in der Nacht des 4. Januar nach einem vorherigen Wortwechsel einen der Genossen, die sich auf dem Heimweg befanden, auf den Fuß getreten und ihn mit beiden Händen vor die Brust gedrückt haben, jedoch dieser hinter und das Bein brach. Er liegt noch heute im Krankenbette. Die beiden Genossen gaben ihrerseits dem Gendarm den Vorwurf zu, wie ihn der Genosse Schürli vorgetragen habe. Der Gendarm hingegen behauptete, den verunglückten Genossen nur am Arme gepackt und ihn in der Richtung des zu gehenden Weges weiter geschoben zu haben. Dabei sei er wohl zu Fall gekommen, aber das habe lediglich an der herrschenden Hitze gelegen. Der Gericht hat die Aussagen der beiden Genossen als ungläubwürdig hin und verurteilt den Genossen Schürli zu der obigen Strafe.

Bunzlau, 4. Mai. Bunzlau kann wieder aufstehen. Mit allgemeiner Spannung wurde der am Dienstag stattfindende Stadterweiterungsentscheidungsentscheidungen erwartet; alle Erwartungsmomente erfüllten sich mit Herrn Hofmann an der Spitze, haben ihre Nummer niedergelassen und als wundert sie sich, was eigentlich passiert sei. Da dies es, Ueberraschungen können davon, es „schwerer“ etwas in der Luft zu sein. Selbst der Regierungsräsident fragte an, was denn in Bunzlau los sei. Aber all die Fragen bekamen die Antwort, daß der Vorstand ohne Angabe von Gründen demissioniert habe. Nun kann jeder denken, was er will! Die Sitzung verlief sehr ruhig, Herr König als Vorsitzender empfing und küßte die Versammlung. Der Hofmann war nicht erschienen, dagegen aber die anderen Stadterweiterungsmitglieder. Als erster Vorschlag wurde mit 15 Stimmen Herr Hofmann als Vorsitzender gewählt; auf Herrn Dr. Schreiber

entfielen 18 Stimmen. Zweiter Vorschlag wurde Buchdruckereibesitzer Mahnerz und zu Schriftführer wurden die Herren Wandelt und Ulrich gewählt.

Nun sind die neuen Männer da und es wird abzuwarten sein, wie sich die Verhältnisse in Zukunft gestalten werden. In der öffentlichen Sitzung vorangegangenen geheimen wurden die Herren Stadtrat Krause und Fabrikdirektor Wabnitz als Kreisratsbelegte gewählt.

Glogau, 4. Mai. Wieder einmal beneden gegangen. Eine Marmengrube, wonach es bei einem Ausbruch der Glogauer Sozialdemokraten in Neiberg, Kreis Glogau, zu großen Ausschreitungen kam, wird von den beiden ständigen Blättern in die Welt hinausposaunt und auch schon vom Breslauer Mittelblatt weiter verbreitet. In der betreffenden Notiz heißt es:

„Als sogenannte ‚Kaiser‘ veranstalteten die Glogauer Sozialdemokraten am vorigen Sonntag Auszüge nach Wilsau, Schönlitz, Glogau und Neiberg. Verschiedentlich wurden hiesige Arbeiter durch die Auszüge in unersichtlicher Weise belästigt und ihnen u. a. zugerufen: ‚Ihr verfluchten Bauern, was habt ihr hier ausgedient? Kommt nur her, wir werden Euch schon das Genick umdrehen!‘ Den Spieß der Rohheit erreichten aber einige Arbeiter und Arbeiterinnen bei einem Zusammenstoß mit dem Freiheitskämpfer Herrn Meier. Derselbe beschäftigte in Begleitung seiner Ehefrau seine Feder und beugnete hierbei auf dem Oberarm einigen zurückkehrenden Auszügler. Nach einigen unsittlichen Worten wurde auf den genannten Arbeiter mit einem Schlagringe eingeschlagen, so daß er fast bewußtlos zu Boden sank. Ein Tabakbüchse brachte es sogar fertig, auf den am Boden Liegenden Arbeiter zu treten und ihn mit weiteren Schlägen zu traktieren. Mehrfache Verletzungen im Gesicht des Verletzten sind noch heute Beweise der argenlistigen Rohheit. Eine Wunde ist zwei Zentimeter tief. Die Täter sind sämtlich erkannt und sehen ihrer Bestrafung entgegen.“

Selbstverständlich trifft die Meldung in dieser Form nicht im entferntesten zu. Tatsache ist, daß Glogauer Arbeiter einen Ausflug nach den betreffenden Orten unternommen hatten und daß auf dem Rückwege Streitigkeiten mit den Bewohnern von Neiberg ausbrachen, die schließlich zu Tauschellen ausarteten, aber bei weitem nicht den von den Blättern geschilderten Verlauf nahmen. Die betreffenden Arbeiter, die sich in ihrer Erregung so weit hinziehen ließen, sind aber auch, so wird uns berichtet, von Einwohnern von Neiberg schon gereizt worden. Damit soll das Verhalten derselben aber nicht entschuldigt werden.

Wenn nun aber die hiesigen Blätter glauben, daß diese Ausschreitungen bei der Kaiser der Sozialdemokraten vorgekommen sind, so ist das nicht richtig. Die hiesige Partei hatte für Sonntag keine offiziellen Veranstaltungen getroffen. Die Kaiser fand am Montag statt und verlief in ruhiger Weise. Deshalb weisen wir die Behauptungen der bürgerlichen Presse, daß die Ausschreitungen bei der Kaiser der Sozialdemokraten vorgekommen sind, ganz entschieden als un wahr zurück.

Trebnitz, 4. Mai. Matinee veranstaltete unsere Genossen veranlassen sich am 1. Mai um 11 Uhr Vormittags bei Kössner zu einem gemeinsamen Spaziergang nach Schwantitz, an welchem sich auch die Frauen zahlreich beteiligten. Fort verbrachten die Genossen und Genossinnen bei verschiedenen Besichtigungen einen vergnügten Nachmittag. Um 5 1/2 Uhr begaben sich die Teilnehmer auf den Heimweg, um den Vortrag der Genossin Greifenberg: Die Frau im gegenwärtigen politischen Kampfe anzuhören. Von der aus über zweihundert Personen bestehende Versammlung, welche zum größten Teil aus Frauen bestand, wurde der Referentin ungezügelter Beifall gesendet. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. Eine Anzahl Neuankömmlinge konnten gemacht werden.

Die auswärtigen Genossen und Genossinnen, welche Auszüge nach Trebnitz unternahmen, möchten wir an dieser Stelle daran erinnern, daß im hiesigen Ort nur die Schule von Roschitz (Gasthof zum goldenen Baum) und das Trebnitzer Konzerthaus der Arbeiterklasse zur Verfügung stehen.

Mieschen, 4. Mai. Der Schießprügel. Wiederum war die Schusswaffe die Ursache eines schweren Unglücks, das sich in Marienbrunn ereignet hat. Dort wollte die ledige Landwirtin aus Marienbrunn bei einem Anstich zu Besuch. Der bei diesem in Arbeit stehende Gattler Stewicz war im Besitz einer geladenen Pistole und legte diese in Schütz auf das Mädchen an; während er ihr die Worte zurief: „Ich schiesse Dich tot!“ ging auch schon der Schuß los und traf das Mädchen ins Auge, welches vollständig zerstört wurde. Benennunglos wurde das schwerverletzte Mädchen nach dem hiesigen Krankenhaus gebracht, woselbst es hoffnungslos darniederliegt. Der unglückliche Schütze wurde verhaftet und nach dem hiesigen Gerichtsgefängnis gebracht.

Dissa i. P., 4. Mai. Die Trauben hängen zu hoch. Um auch hier Mitglieder für die christlich-nationale Arbeiterbewegung zu kapern, hatte am Dienstag Abend die christliche Zentralleitung eine öffentliche Versammlung einberufen, die schlecht besucht war. Ein Zeichen, daß man den „Christen“ kein Vertrauen entgegenbringt, trotzdem man sich die hiesige Gegend schon etliche Male aus Korn genommen hat. Das Gros der Versammlungsteilnehmer bildeten die Mitglieder des evangelischen Arbeitervereins. Die Sekretäre Neumann-Schneidnitz und Pfarrer-Prellau hatten sich eingefunden und verzapften hier Vhrzeiten aus der Kasse der bekannten München-Bladbacher Sozialisten. Daß die freien Gewerkschaften der lachende Erde waren, bewies die sich anschließende rege Diskussion. Jeder Arbeiter, der seine Interessen vertreten wissen will, wird sich nur den freien Gewerkschaften anschließen.

Rehr Bauarbeiter schlug. Beim Abbruch des Schulgebäudes in Rausch verunglückte der Maurer Goldmann dadurch, indem er vom ersten Stockwerk abstürzte und auf die unten liegenden Balken aufschlug, jedoch er an den erlittenen schweren Verletzungen starb.

Aus Oberschlesien.

Oppeln, 4. Mai. Terrorismus der Facharbeiter. In der hiesigen hiesigen Fabrik arbeiten gewöhnlich ausschließlich in der katholischen Fachabteilung organisierte Arbeiter. Als vor kurzer Zeit Franz an demselben eintrat, sollte ein freier organisierter Arbeiter eingestellt werden. Als dieser jedoch die Stellung antriet, wurde ihm jedoch erklärt, daß er nicht eingestellt werden könne. Er erhielt seine schon abgegebene Kopie zurück. Und was war der Grund zu diesem plötzlichen Entschluß des Unternehmens? Als nämlich die Facharbeiter erfuhr, daß ein freier organisierter Arbeiter eingestellt werden sollte, hätten sie den Unternehmer vor die Alternative, entweder das Engagement des freier organisierten Arbeiters rückgängig zu machen, oder aber mit ihrer gemeinsamen Arbeitsunterbrechung zu rechnen. Da der Unternehmer viel zu tun hatte, und mit der Einstellung des Betriebes rechnen mußte, kam er den Wünschen der Fachabteilung nach.

Der illegalen Terrorismus muß der Unternehmer mit einem Wochensloß an den freier organisierten Arbeiter zahlen, der diesen vom Schlichtergericht gesprochen wurde.

Auch im Bauergewerbe haben die Facharbeiter schon früher einmal auf die ähnliche Art einen streikorganisierten Arbeiter terrorisiert. Als dieser auf einem Bau Arbeit bekam, wo Facharbeiter beschäftigt wurden, erklärten diese mit dem streikorganisierten nicht zusammen arbeiten zu wollen. Um schließlich Ruhe zu haben, beschäftigte der Unternehmer den terrorisierten Arbeiter auf einer anderen Stelle.

Das Verhalten der Facharbeiter erinnert lebhaft an den Dieb, der gestohlen hat und bei seiner Verfolgung immer rief: „Spart den Dieb!“, um seine Verfolger von sich abzuwenden. So auch bei den Facharbeitern, sie terrorisieren nach Strich und Faden, während der Terrorismus aber immer ab.

Reichenbach, 2. Mai. Aus dem Stadtparlament. Die Einrichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule in den freierbetriebligen Räumen des Amtsgerichtsgebäudes wurde von der Landwirtschaftskammer abgelehnt, da hierfür die Städte Reichenbach und Strehlen in Aussicht genommen sind. Zu einer lebhaften Debatte führte die Frage der Aufhebung der Wasserrente, weil der Magistrat dem Stadtverordnetenbeschlusse, allen Hausbesitzern den Erlaß zuzubilligen, nicht beigetreten war. Der Erlaß der Rente soll nur denen zugestanden werden, die ein Einkommen von unter 900 Mark haben. Dem städtischen Kreisrath Thomas wird infolge Kränklichkeit ein Ruhegehalt von 1200 Mark gewährt. Der betreffende Mann hat 69 Jahre seinen Dienst getan, und die Summe erscheint daher etwas niedrig, zumal der Schlachthofdirektor nach einer 25jährigen Dienstzeit ein Ruhegehalt von 2100 Mark bezieht. Nachdem noch die Steuerzuschlagsfrage geregelt war, wurde die Sitzung geschlossen.

Zabrze, 3. Mai. Eine schwarze Diamant. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die Schwarzen in Oberschlesien nichts mehr fürchten, als die Wahrheit. Den Beweis hat wieder eine Versammlung geliefert, in der Herr Prediger Tschirn-Breslau über den Unglauben der Gläubigen sprach. Der die Art und Weise des Herrn Tschirn kennt, der streng auf dem Boden der Wissenschaft stehend, den Unglauben der Gläubigen gegenüber den Forschungen der Wissenschaft gelächelt, und die Behauptungen, die die Kirche den Verführern der Wissenschaft angeheißt hat, brandmarkt, wird zugeben müssen, daß jeder denkende Mensch mit den Ausführungen des Herrn Tschirn vollständig einverstanden sein mußte.

Anders aber unsere Schwarzen in Zabrze. In die Versammlung war Herr Bull mit einem Redakteur des „Kurier“ erschienen. Als Schutzgarde hatte sich Herr Bull außer dem Organisten und fast dem gesamten Kirchenchor der „Lutherkirche“ auch noch gegenwärtig „Getreue“ mitgebracht. Nach einem Bericht sollte Herr Pfarrer Reiska das Wort zu dieser „gottlosen“ Versammlung gegeben haben. Die schwarzen Schwärzen hatten die Absicht, die Versammlung zu sprengen, aber durch die Umfrieder der Ordnung wurde dieses Vorhaben vereitelt.

In der Diskussion nahm Herr „Arbeiterfreier“ Bull das Wort und stellte eine Menge ungeheurer Behauptungen auf. In seinem Referat hatte Herr Tschirn ausgesprochen, daß die Erde ein Kind unserer Sonne sei, und Herr Bull behauptete, daß er diese Wahrheit zum ersten Male im Leben höre. Dabei ist das eine Tatsache, die jedem Schulkinde bekannt ist. In seinen weiteren Ausführungen entpuppte sich Herr Bull als Anarchist. Er sagte nämlich, daß die Höhe der Kultur nicht bestimmt wird durch die technischen Fortschritte, sondern dadurch, wie die Menschen unter einander zusammenleben. Weiter sagte er, daß wir uns in Deutschland augenblicklich auf der niedrigen Kulturstufe befinden. Schuld daran sei vor allem der Kapitalismus, dem Herr Bull ewige Feinde ansagte. Der Kapitalismus betrachte die Arbeiter nur als Ausbeutungsmittel. Nach seiner Ansicht sind das aber nur die jüdischen und religionslosen Kapitalisten, bei denen auch das ganze Kapital konzentriert sein soll. Herr Bull vergaß aber, daß gerade die frommen Herzöge von Hohenlohe, die Fürsten von Nassau und Fürstenerberg und die Grafen von Salm, Schaffgotsch und Tiele-Winler die reichsten Leute in Deutschland sind. Und er hat ganz vergessen, daß gerade bei diesen reaktionären Herren die Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen am größten ist. Dann wagte Herr Bull die Behauptung, daß nur dort, wo die katholische Kirche regiere, es die Arbeiter gut haben, ohne dabei an Spanien zu denken, und Deutschland hat Herr Bull ganz vergessen, was gerade durch die Raubpolitik des kaiserlichen Zentrums den Arbeitern die ganzen Lasten aufgebürdet und alle Rechte verweigert werden. Nach einer Menge noch ähnlicher „Wahrheiten“ nahm ein Herr Redakteur Segmatinski vom „Kurier“ das Wort. Der Herr hatte sich seine Rede hübsch niedergeschrieben, vergaß sie aber nachher abzulesen. Daß nach dem „Sprecher“ dieser beiden Herren die anwesenden Schafe etwas kläfften, als ob sie vom Teufel besessen wären, ist selbstverständlich. Bis dahin war alles gut abgelaufen. Nun wollte Herr Tschirn die Wahrheiten der beiden Herren richtig stellen, wurde aber immer von Herrn Bull und seinen Getreuen, die sich wie Leuchttürme gebärdeten, unterbrochen. Nur der Ruhe des Vorstandes und der Anwesenden war es zu danken, daß, nachdem Herr B. mit seinen Getreuen herausbefördert worden war, die Versammlung ihr Ende erreichen konnte.

Beuthen OS., 4. Mai. Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich auf der Florentinegrube bei Hohenlinde. Der Grubenzimmermann Köhler wollte noch auf die bereits in Bewegung gesetzte Förderseil springen, was ihm jedoch nicht mehr gelang. Er wurde 20 Meter mit hochgezogenen und dabei buchstäblich in Stücke gerissen.

Beuthen OS., 4. Mai. Metallarbeiter versammlung. Eine Mitgliederversammlung des Metallarbeiterverbandes findet am Sonnabend, den 6. d. M., Abends 8 Uhr im Gewerkschaftslokal, Poststraße 7, statt. Auf der Tagesordnung stehen Vorträge der Genossen Hering und Cz. Müllerowicz. Zutritt nur für Mitglieder gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Königsbütte, 3. Mai. Metallarbeiter versammlung. Im Gewerkschaftslokal, Poststraße 3, findet am Sonnabend, den 6. Mai, Abends 8 Uhr, eine Mitgliederversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Vortrag des Kollegen Timm über: „Brennkrankheiten.“ Zutritt nur für Mitglieder.

Königsbütte, 4. Mai. Grubenunfall. Der Galmesgrubenbauer Galle aus Neu-Gorezko zog sich auf der Klottgrube durch abstürzende Galmesgrube eine sehr schwere Rückgratverletzung zu. Sein Zustand gibt zu Bedenken Anlaß.

Wismut OS., 4. Mai. Wenn Sozialdemokrat bewacht werden und durch diese Maßnahmen die Wachorgane ihren Bezirken entzogen werden, so lassen sich eine solche Gelegenheit Spitzhaken und Einbrecher nicht entgehen. So auch im nahen Hydulian. Während der für diesen Bezirk zuständige Gendarm das Grab unferes verstorbenen Genossen Dr. Winter bewachte, machten sechs maskierte Gestalten bei dem Kaufmann Wobekki einen verwegenen Überfall auf seine Ladenkasse. Die Handlaken hielten dem Inhaber und dem Personal Revolver vor die Brust und zwangen diese die Hände hoch zu halten. Einige erleichterten dann die Ladenkasse ihres Inhalts und verschwanden hierauf. Dies geschah am 1. Mai, Abends 9 Uhr, während der zuständige Gendarm immer noch Wache am Grabe Dr. Winters halten mußte.

Ja, ja, das kann passieren, wenn „wichtigere Aufgaben“ zu erfüllen sind.